

GUERRILLA STRID, SMERIS,
IMPERIALISME, FASCISME,
COUNTER INSURGENCY...

Resistance

DE KNIPSELKRANT

Documents and Analysis

The Illegal Front

Zum Knipselkrant

De Knipselkrant erscheint seit August 1978, jetzt ca. 35 mal im Jahr. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch (hauptsächlich), holländisch und englisch. Themen: Bewaffneter Kampf und Widerstand in Westeuropa, Antimilitarismus, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency, Bullenapparat, Nazifaschisten.

Wir benutzen Erklärungen, Texte und werten weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus.

Unser Ziel ist die Verbreiterung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.

Unzensurierte Zeitungen sind für die Entwicklung unserer Zusammenhänge enorm wichtig. International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.

Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozess mit der Praxis. Noch vor wenigen Jahren gab es Dutzende linker Zeitungen. Die Repression hat diese Zahl bis auf wenige dezimiert. Doch es ist in erster Linie keine Frage der Zahl, sondern der Stärke der Strukturen.

Dazu brauchen wir vor allem auch eure Hilfe:

schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als garnicht. Wir verstehen de Knipselkrant als Teil unserer gemeinsamen Kommunikationsstruktur. Schnelle und präzise Informationen stärken die Kraft des Widerstandes - helft uns dabei: es ist unsere gemeinsame Zeitung.

Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto

Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.

Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).

Buchläden: erhalten 30 % Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim)

kommunikee

REVOLUTIONÄRE INITIATIVEN GEGEN DIE KONKRETE PROJEKTE DES SYSTEMS ERGREIFEN - DIE WAA VERHINDERN

wir haben heute in den räumen der westberliner niederlassung der bauunternehmung e.heitkamp,kurfürstendamm 54, einen brandsatz gezündet.unser angriff zielt auf eines der größten unternehmen im akw-bereich,welcher bauplanungsberechnung,bau von reaktorgebäuden-und druckbehältern,qualitätsprüfungen,kühltürme,entwurf und bau für lager von radioaktiven abfällen sowie von wiederaufbereitungsanlagen umfaßt.

heitkamp ist neben hoch-tief,dyckerhoff+widmann,uhde anlagenbau und lurgi aktuell an der waa in der oberpfalz als generalunternehmen beteiligt.

volkswirtschaftlich getarnt ist die waa ein militärisches projekt des imperialistischen brd-staates,das den machthabern die fähigkeit geben soll,eine eigene atombombenproduktion aufzunehmen. eingebunden in die nato gewinnt dadurch der brd-staat weiter an einfluß innerhalb der metropolen und der 3.welt-kann dort seine imperialistischen pläne verstärkt angehen. 1995,mit dem fertigstellungstermin der waa,wird auch der atomwaffensperrvertrag auslaufen. für uns der wichtigste punkt innerhalb der anti-akw-bewegung.

die erfahrungen in den letzten zwei jahren,die massenhaften angriffe gegen einrichtungen und repräsentanten der herrschenden klasse,zeigen uns perspektiven für den kampf um befreiung. in diesem sinne:

FÜR DIE SOFORTIGE STILLEGUNG DER HERRSCHENDEN KLASSE

TS 8.3.87

Zweimal Feuer in Geschäftshaus

Zweimal innerhalb weniger Stunden ist am frühen Sonnabend morgen in einem Geschäftshaus und Bürohaus am Kurfürstendamm Feuer ausgebrochen, das erheblichen Sachschaden anrichtete. Menschen waren nicht in Gefahr. Das Treppenhaus wurde von der Bauaufsicht gesperrt. Während der Löscharbeiten mußte auch der Verkehr auf dem Kurfürstendamm umgelenkt werden, teilte die Polizei mit.



REVOLUTIONÄRE ZELLEN

7.3.87

9.5.87

unter dem motto:REVOLUTIONÄRE INITIATIVEN GEGEN DIE KONKRETE PROJEKTE DES SYSTEMS ERGREIFEN-KEINE WAA ! haben wir am samstag,den 7.3.87,in den räumen der berliner niederlassung der E. HEITKAMP bauunternehmung,kurfürstendamm 54,einen brandsatz gezündet.der vordere teil des heitkamp-büros sowie das anliegende treppenhaus wurden total zerstört. heitkamp ist einer der 5 generalunternehmen beim bau der waa in wackersdorf. wenn der staatsschutz den hintergrund der aktion verschweigt,angesichts der diesjährigen 750 Jahrfeier,das image einer befriedeten stadt vermitteln oder mögliche nachfolgeaktionen verhindern will,so ist dies nachzuvollziehen. anders bei der berliner taz-redaktion,die am 7.3.87 unser schreiben zur heitkamp-aktion bekam,einer aktion,mit der(unter anderen)wichtigen funktion,mut zu machen im kampf gegen das scheinbar nicht verhinderbare waa-projekt.auf welchen hintergrund bezieht sich die verschwiegenheit der taz,die einst angetreten war,nachrichtensperren zu durchbrechen ? (taz-werbung:täglich eine linke radikale seitung ?!)

FÜR DIE SOFORTIGE STILLEGUNG DER HERRSCHENDEN KLASSE !
DEN WIDERSTAND IN DIE STÄDTE TRAGEN !

revolutionäre zellen

TAZ **Anschlag auf 11.3 Meldeamt**

Auf das Melde- und Ausländeramt im Rathaus Leverkusen ist in der Nacht zum Dienstag ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Unbekannte hinterließen ein Bekenntnisschreiben, in dem sie gegen die Volkszählung protestierten.

kommunikee

DIE BOMBE IST GEZÜNDET - DER WIDERSTAND AUCH

ERKLÄRUNG ZUM ANSCHLAG AUF DAS EINWOHNERMELDE-, PASS- UND AUSLÄNDERAMT DER STADT LEVERKUSEN

**DIE VOLKSZÄHLUNG ALS TEIL DES SOZIALPOLITISCHEN ANGRIFFES
BOYKOTTIEREN UND MILITANT ANGREIFEN**

Dem Einwohnermelde-, Paß- und Ausländeramt der Stadt Leverkusen werden ab dem 10.3. einige verwaltungstechnische Einrichtungen (Datensichtgeräte, Drucker) nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die vercomputerisierte Organisationsstruktur kommunaler Verwaltungen stützt sich mehr und mehr auf die Verknüpfungsmöglichkeiten einzelner Register. Informationstechnologische Aufarbeitung der zur Verfügung stehender Datenbestände dient nicht der Arbeitserleichterung von Verwaltungsbeamten, sondern ist Voraussetzung für eine höhere Stufe in dem permanenten Streben des Staates nach völliger Kontrollierbarkeit der Menschen.

Eine hohe Effizienz bei der Verplanung der Menschen wird garantiert durch ein möglichst genaues Bild von der Gesellschaft. Mit der Volkszählung 87, als größte Datensammlung in der Geschichte der BRD, wird ein Erfassungsangriff durchgeführt, der die Basis bildet für künftige Schweinereien in verschiedenen Bereichen der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ein Aspekt am Rande: Die VZ 87 ist auch dazu geeignet, den Herrschenden die Frage zu beantworten, wie hoch insgesamt der Grad der Loyalität dem Staat gegenüber ist und insbesondere wie hoch er bei dem möglichen Konfliktpotential, dem marginalisierten Teil der Bevölkerung ist.

Zunehmendes Interesse der Sozialpolitik liegt in der Gesellschaftsplanung. Krise und Massenarbeitslosigkeit erfordern eine präventive Sozialpolitik, die die von Armut bedrohten Bevölkerungsteile als Unruhepotentialen Ansatz neutralisiert. Das sozialtechnische Instrumentarium des Staates bedient sich, um dieser Aufgabe gerecht zu werden, immer mehr der Informationstechnologie.

Hierzu 3 Beispiele:

1. Die Stadt Essen ist als Ruhrgebietsstadt aufgrund der überwiegend altindustriellen Struktur mit zunehmender Massenarbeitslosigkeit und einhergehender Armut großer Bevölkerungsteile konfrontiert. Mit Sorge beobachtet die Kommunalverwaltung die drohende Verslammung insbesondere einiger nördlicher Stadtbezirke. "Englische Verhältnisse", also Riots und Klassenkämpfe, wenn auch in abgeschwächter Form, können als konkrete Drohung nicht mehr ausgeschlossen werden. Um diesen Verslammungstendenzen entgegenzuwirken, gab der Oberstadtdirektor dem statistischen Amt und der lokalen Datenverarbeitung den Auftrag, eine Strukturuntersuchung über arbeitslose Sozialhilfeempfänger vorzunehmen mit dem Ziel, der Stadtverwaltung eine Informationsgrundlage vorzulegen, die klare Handlungsansätze für die Politik und Stadtentwicklung liefern soll. Der Gethosierung gefährdeter Stadtteile soll planerisch entgegengewirkt werden. Ansätze massenhafter Armut werden so diffus gehalten, Gethos als potentielle Brutstätten revolutionärer Subjektivität präventiv zerschlagen. Es ist zu befürchten, daß die Essener Untersuchung,

die ohne den Einsatz modernster technologischer Hilfsmittel undenkbar wäre, in der Ruhrregion als Pilotprojekt Schule macht.

2. In der Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung führte die Stadt Unna 1984 das sogenannte Bürgeramt ein. Dieses Pilotprojekt verdient besondere Beachtung, da hier der Einsatz der Informationstechnologie in der städtischen Verwaltung eine neue Qualität in der Organisationsentwicklung erreicht. Das Herzstück des Systems bildet ein zentraler Rechner. Er ist mit den Terminals des Bürgeramtes im Rathaus und den Nebenstellen verbunden. Die Arbeitsteilung in der Stadtverwaltung wird durch den Zentralrechner und die besonders auf die Aufgaben der Stadtverwaltung zugeschnittene Software vollständig aufgehoben. Die Sachbearbeiter an den Terminals erledigen Aufgaben aus allen Bereichen. Sie sind gleichzeitig Sozialamt, Meldeamt, Ausländeramt, Ordnungsamt und Wohnungsamt. Und eben genau in der Zusammenfassung liegt die Brisanz dieses neuen Systems. Der sozialtechnische Apparat arbeitet mit einer bisher nicht gekannten Effizienz. Unregelmäßigkeiten gegenüber dem Meldeamt oder erschlissene Sozialhilfe werden beim Amtsgang gleich welcher Art aufgedeckt und das mit diesem Instrumentarium konfrontierte Individuum sofort reglementiert.

3. Das Ausländerzentralregister in Köln ist in der BRD das mit Abstand umfassendste Auskunftssystem. Die Datenbanken speichern alle "behördenrelevanten Daten" über Ausländer in der BRD, bzw. über Ausländer, die sich in der BRD aufgehalten haben. Im AZR ist grundsätzlich jeder Ausländer gespeichert. Im Onlineverkehr hat der Bullenapparat, Ausländerämter sowie die deutschen Auslandsvertretungen die Möglichkeit, Informationen einzuziehen, die in der Regel stets gegen Ausländer verwandt werden. Mit dem AZR wird für eine Gruppe von Menschen, nämlich die Ausländer, bereits das perfekte System von Verdattung und Kontrolle exerziert, was mit Erhebung der Daten der VZ langsam aber sicher auch für andere Bevölkerungsgruppen Wirklichkeit wird.

Die VZ ist kein Prestigeobjekt datengeiler Statistiker. Der Staat braucht eine vollständige und zuverlässige Datenbasis für künftige staatliche Projekte bspw. im Städtebau und in der Sozialpolitik. Der Erfassungsmodus über Sozialversicherungsträger wird zunehmend brüchiger, da die diesem Modus zugrundeliegende Gesellschaftsstruktur (Kleinfamilie, garantierte Beschäftigungsverhältnisse) in rasantem Tempo auseinanderfällt. Für künftige Sozialplanung ist die VZ wohl das effektivste Hilfsmittel. Das Individuum als verdattete Einheit läßt sich allemal leichter verwalten und steuern. Aber es muß deutlich gesagt werden, daß es den Statistikern und Sozialplanern nicht vornehmlich um den einzelnen "gläsernen Menschen" geht, (dies ist nur ein Nebenprojekt, ebenso wie die effektivere Kontrolle des Widerstandes) sondern um die Bevölkerungsgruppen, die im Zuge der wirtschaftlichen Umstrukturierung nur noch begrenzt verwertet und diszipliniert werden können.

Die erste Gruppe von Menschen, die von dem neuen Sozialmanagement betroffen sein werden, sind die Frauen. Was ihnen von den VZ-Werbern des statistischen Bundesamtes als "Verbesserung ihrer Chancen", gar als Schritt zur Emanzipation verkauft werden soll, wird nur die sexistische Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik noch mehr gegen die Frauen ausrichten. Mit Hilfe der übersichtlichen VZ-Daten wird es Staat und Industrie möglich, sich die Arbeit der Frauen noch billiger anzueignen. So können bspw. in Gegenden, wo Männer "genug verdienen", Frauen wieder vermehrt zur unentlohten Hausarbeit gezwungen werden. In anderen Gegenden wird es das Kapital für sinnvoller erachten, Frauen massenweise in Leichtlohnarbeit und zu Teilzeitarbeit (die jetzt schon zu 97% von Frauen geleistet wird) zu zwingen. Auch der Einsatz von Heimarbeit kann optimiert werden, wenn klar ist, welche Frauen wie am besten davon abhängig gemacht werden können.

Wenn es dem Staat gelingt, die Menschen erfassungs- und planungsmäßig in den Griff zu bekommen, ist ein großer Schritt auf dem Weg zu einer langfristigen Herrschaftssicherung getan. Es geht uns darum, die VZ als grundlegenden Teil einer menschenfeindlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik anzugreifen. Reidentifizierbarkeit von Daten und unzureichender Datenschutz bilden nicht die eigentliche Gefahr der Zählung. Wer den "gläsernen Menschen" in den Mittelpunkt seiner Boykottkampagne stellt, verschleiern den eigentlichen Zweck der VZ. An dieser Stelle unterscheiden wir uns auch deutlich vom grün-liberalen Boykottspektrum.

Uns geht es bei dem Widerstand gegen die VZ nicht um eine konjunkturelle Kampagne, die mit dem Abschluß der VZ beendet ist, sondern darum, langfristig revolutionäre Gegenmacht zu der selektiven Sozialpolitik des Systems zu entwickeln.

**BOYKOTTIERT UND SABOTIERT DIE VOLKSZÄHLUNG UND DEN NEUEN PERSONALAUSWEIS!
SOZIALE REVOLUTION GEGEN MENSCHENFEINDLICHE SOZIALPOLITIK!**

ERKLÄRUNG ZUM ANSCHLAG AUF DAS AMT FÜR STATISTIK IN OBERHAUSEN AM 10.3.87

nun ist es soweit, die volkszählung '87 tritt in die entscheidende phase der vorbereitung. mit der geplanten volkszählung soll bundesweit eine datensammlung erstellt werden die ein vollständiges datenbild von staat und gesellschaft bieten soll. die bisherige datenerfassung über sozial-, renten-, und krankenversicherung etc. ist unvollständig. es wurden daten bisher dezentral in einzelnen registern gespeichert, eine datentechnische verknüpfung war nicht möglich. dies soll durch die VZ 87 ermöglicht werden. sämtliche daten werden zentralisiert gespeichert, nach einheitlichen kriterien sortiert, um so für wirtschafts-, arbeits-, sozial- und wohnungsbauplanung benutzt zu werden.

die ämter für statistik sind auf gemeindeebene verantwortlich. es werden erhebungsstellen eingerichtet, deren aufgabe die konkrete durchführung der vz ist. in den statistischen landesämtern werden die daten zusammengeführt und per edv weiterverarbeitet.

durch den einsatz von computer- und informationstechnologien soll die totale erfassung und kontrolle der gesellschaft und speziell eines möglichen konfliktpotentials durchgeführt werden. die volkszählung als größte datensammlung in der geschichte der brd soll die grundlage dafür werden. weitere für die herrschenden wichtige projekte neben der vz sind die einföhrung des maschinenlesbaren personalausweises und die staatssicherheitsgesetze.

immer mehr menschen sind von massenarbeitslosigkeit, nicht garantierten beschäftigungsverhältnissen und zunehmender sozialer verelendung betroffen. die gegensätze zwischen reich und arm, zwischen herrschenden und beherrschten werden immer größer, darin kann ein mögliches konfliktpotential liegen. diese menschen könnten sich zur wehr setzen. für staat und kapital wird es immer wichtiger seine herrschaft, insbesondere gegenüber den gesellschaftlichen randgruppen, abzusichern.

zunehmendes interesse der staatlichen sozialpolitik liegt in der gesellschaftsplanung. diese geschieht verstärkt durch die anwendung von computer- und informationstechnologie. ziel der staatlichen planung ist es, das konfliktpotential zu erfassen, widersprüche zu verschleiern und durch vereinzelung einen solidarisiertungsprozeß und damit jeglichen aufkeimenden widerstand zu verhindern.

einerseits machen kapital und staat sich die computer- und informationstechnologie zur gesellschaftlichen verplanung zunutze, andererseits entsteht massenarbeitslosigkeit und soziales elend erst verstärkt durch den einsatz dieser technologien im produktionsprozeß und in der verwaltung. das rausfallen von menschen aus dem kapitalistischen produktionsprozeß durch den einsatz der computer- und informationstechnologie ist ein fest eingeplanter bestandteil ihrer strategie. auswirkungen des einsatzes dieser technologien in der staatlichen sozialpolitik lassen sich schon heute an der situation von frauen und ausländern beispielhaft aufzeigen:

- 1.) die daten der volkszählung schaffen die grundlage für eine arbeitsplatzplanung, die es dem kapital ermöglicht, die arbeitskraft der frauen "besser einzusetzen". beispielsweise können industrien, die in großem umfang mit helmarbeit arbeiten, dort angesiedelt werden, wo familien mit geringen einkommen leben. anders in den wohngebieten der "bessergestellten", gezielte kampagnen sollen dort die frau vom arbeitsplatz fernhalten. "eine gute mutter bleibt bei den kindern".
- 2.) das ausländierzentralregister (azr) in köln ist schon heute die umfassendste zentrale datensammlung in der brd, zu der diverse stellen (bullen, ausländärämter etc.) auf direktem wege zugriff haben. alle ausländier, die hier mit den behörden in verbindung treten, werden dort gespeichert. viele menschen aus dem ausland leben und arbeiten hier, ohne registriert zu sein. sie sollen über die vz als sogenannte "schwarzarbeiter" aufgedeckt und dann abgeschoben werden. wenn ausländier und flüchtlinge gezwungenermaßen in ihre "heimat" zurückkehren, werden sie begleitet von ihren datenlisten, die oft schon vor ihnen angekommen sind.

so wie die gesammelten daten im arz gegen die flüchtlinge und arbeitsemigranten verwendet werden, werden die in anderen registern gesammelten daten immer nur gegen die menschen verwendet. vz, maschinenlesbarer personalausweis und die staatssicherheitsgesetze sind wesentlicher bestandteil des technologischen angriffs von staat und kapital. ein teil dieses angriffs richtet sich auch gegen uns, die wir bereits widerstand leisten. durch die staatssicherheitsgesetze haben sie sich tür und tor geöffnet den widerstand plattzumachen. wir werden ihnen paroli bieten.

WAR NEWS

die, die uns zählen und verplanen, gehören in ein system, dessen strukturen sexistisch und rassistisch sind, dessen herrschaft auf ausbeutung und unterdrückung weltweit beruht. unser widerstand richtet sich konsequent gegen dieses system als ganzes. wir lassen uns nicht gegen unser bedürfnis nach einem herrschaftsfreien leben, zugunsten kapitalistischer und patriarchaler interessen verplanen.

unser widerstand hört nicht mit dem ende der volkszählung auf. wir werden weiterhin ihr verplankungskonzept stören. es geht uns um die möglichst effektive sabotage der volkszählung als ein projekt des technologischen angriffs der herrschenden, weil jeglicher gebrauch dieser daten durch die herrschenden "mißbrauch" ist.

- sabotiert die volkszählung und den neuen personalausweis!
- den revolutionären widerstand organisieren!
- grüße an alle gefangenen genoss(inn)en!



Drei Festnahmen nach Anschlägen militanter Volkszählungsgegner

Karlsruhe (AP)

Nach dem Anschlag auf das Rathaus in Leverkusen und dem versuchten Attentat beim Amt für Statistik in Oberhausen hat die Duisburger Polizei zwei Personen vorläufig festgenommen, die sie als Bombenleger in Verdacht hat. Die Bundes-

anwaltschaft teilte mit, am Dienstagabend seien mehrere Wohnungen durchsucht und ein dritter Verdächtiger festgenommen worden, dem die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird. Über die Identität der Festgenommenen wurden keine Angaben gemacht. Die am Dienstag in Leverkusen explodierte Bombe hatte einen Schaden von 50 000 Mark angerichtet. Der vor dem Statistischen Amt der Stadt Oberhausen versteckte Sprengsatz versagte aber. Die Täter hatten in beiden Städten Schreiben am Tatort hinterlassen, die „teilweise textidentisch“ waren und auf Gegner der Volkszählung schließen ließen.

Die Veranstaltung zu machen kam aus dem Bedürfnis, unser Verhältnis zum Kampf im Arabischen Raum klarer zu kriegen.

Die Veranstaltung zu machen kam aus dem Bedürfnis, unser Verhältnis zum Kampf im Arabischen Raum klarer zu kriegen. Daß wir uns gerade jetzt genauer mit der politischen Situation im Arabischen Raum auseinandersetzen, kam aus den Diskussionen zu Libyen und dem Kampf der Palästinenser, die Erschießung des Bürgermeisters, dem Kampf in den besetzten Gebieten und dem Lagerkrieg. Dies kommt für uns zusammen mit der Entwicklung der Kämpfe hier: die Idee der WE-Front, die Ahnung, wie Front hier laufen kann im Hungerstreik und der Kongress. Der Kongress als Möglichkeit für die revolutionäre Linke hier, die Diskussionen zusammen zu führen, zu vereinheitlichen ... und die Tatsache, daß ausländische Genossen teilnahmen, von den Bedingungen und Kämpfen in ihren Ländern berichteten, ihr Wille, sich mitzuteilen und unsere Erfahrungen, Diskussionen von hier mitzukriegen, hat das Bedürfnis verstärkt, die revolutionären Kämpfe außerhalb der BRD genauer zu verstehen, wofür und wogegen sie sich richten. Daraus entsteht für uns die Frage, was haben die Kämpfe miteinander zu tun.

Aus dem Bewußtsein, daß es kein Volk, das um seine Befreiung kämpft, alleine schafft, den Imperialismus zu besiegen, erst recht wir hier in der BRD nicht; der Wunsch, Perspektive und Notwendigkeit entsteht, zusammen zu kämpfen. Dies bedeutet für uns hier in der Diskussion, uns einen Begriff von Internationalismus zu schaffen. Wir wollen hier in der Veranstaltung vom Kampf der Palästinenser gegen die zionistische, imperialistische Aggression berichten. Damit wollen wir der ganzen Desinformation und Hetze der Schweine was entgegensetzen, wo wir in den Diskussionen gemerkt haben, daß dieser Propagandadreck auch in unseren Köpfen rumschwirrt und wir wollen die Auseinandersetzung mit den Zielen und der konkreten Situation der Palästinenser.

Wir sagen was zu der Rolle der BRD und West-Europa (WE) in der derzeitigen imperialistischen Strategie gegen den gesamten arabischen Befreiungskampf, weil darin deutlich wird, daß wir gegen den gleichen Feind kämpfen und zusammen mit dem gesellschaftlichen Ziel: für die Befreiung, klar wird, daß wir den Kampf international führen müssen.

Wir haben in der Analyse den Schwerpunkt auf BRD und WE gelegt, weil wir ja hier leben und kämpfen, und weil wir es wichtig finden, sich der Verantwortung und der Möglichkeit, die das bedeutet, bewußt zu werden.

Die Palästinensischen Lager sind Zentren der Revolution und der Palästinensischen Identität. Die Bevölkerung in den Lagern schafft sich kollektive Lebens- und Kampfstrukturen, sie

entwickeln darin die Vorstellung, wie ein befreites Palästina aussehen soll - Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten - in Selbstverwaltung und für alle; die Befreiung der Frauen Besonders für die Kinder, die in den Lagern geboren werden und nur das Leben im Krieg, in imperialistischer Unterdrückung kennen, ist die Bewahrung und Weiterentwicklung palästinensischer revolutionärer Identität wichtig, weil Haß allein und den Feind zu kennen - das wissen wir auch hier - nie ausreicht für den kontinuierlichen entschlossenen Kampf.

Ein Ziel der Invasion "Israels" 82 im Libanon war die Zerschlagung der Lager - wie auch jetzt die Beschießung durch die Amal und die permanenten Luftangriffe "Israels" auf die Lager. Dieser Zermürbungskrieg zielt auf die revolutionäre Moral der palästinensischen Menschen, zielt darauf, daß sie aufgeben. Zu dem zionistisch-imperialistischen Ziel, die Lager zu zermürben und zu liquidieren, sagen wir nachher genauer was.

In Libyen sagen sie: Aufgabe der Revolution sei, die Spaltung der Gesellschaft in Tätige und Zuschauer zu überwinden. Und das ist auch die Erfahrung der palästinensischen Revolution: die Stärke der Lager, daß das Volk von selbst seine Sache in die Hand nimmt. Das war die wichtigste Lehre aus der Erfahrung 1982 nach der Invasion, wo der Arafat-Flügel der PLO die Bewaffneten aus den Lagern im Libanon abgezogen hat und damit das Volk verraten, der zionistischen imperialistischen Aggression unbewaffnet ausgeliefert hat. Die PFLP sagt, daß die Ursache für die Palästinensische Niederlage und nachfolgende Kapitulation und Abzug des Arafat-Flügels ist, daß die bürgerliche PLO-Führung ausschließlich auf ihre militärische Kraft und auf reguläre Kriegsführung - d.h. Trennung von militärischem Kampf und politischem Kampf - gesetzt hat. Damit haben sie das palästinensische Volk in den Lagern zu Zuschauern degradiert, sie haben vermittelt, daß die Konfrontation militärisch entschieden wird und daß das palästinensische Volk nur darauf warten soll, daß die Bewaffneten ihm den Sieg bringen werden. In den Lagern hat sich ein breites Bewußtsein darüber entwickelt, daß die Bevölkerung selbst die Organisation ihrer Lebens- und Kampfstrukturen in die Hand nehmen muß, was sich in der Bildung von Volkskomitees ausdrückt. Selbstorganisation der Menschenpolitische Arbeit - Bewußtseinsbildung - mit dem Ziel, daß das Volk selbst den revolutionären Prozeß trägt und in der eigenen Initiative mitbestimmt - anstatt ein Unterstützerverhältnis zum bewaffneten Kampf zu haben - das ist auch die Bestimmung der politisch-militärischen Arbeit der PFLP in den Lagern und in den besetzten Gebieten. D.h. die Politik der PFLP zielt auf

die Verankerung von revolutionärem Bewußtsein und Politik in jedem einzelnen - und so im Volk. Also jede und jeder einzelne ist mit verantwortlich für die Stärke der Revolution. Genauso wie hier gibt es dort Demos, militante Aktionen gegen die Besatzer oder z.B. kochendes Wasser aus dem Fenster schütten usw. - "Der Kampf der Messer und Steine" nennt die PFLP das. Also nicht nur die militärische Organisation führt den Kampf gegen die Zionisten und Imperialisten, sondern jede und jeder kann und soll eingreifen und sich so reinstellen in den revolutionären Kampf, orientiert am gemeinsamen Ziel.

"Sinn für Initiative zu entwickeln, ist Ausdruck für entwickelte revolutionäre Gesinnung" - das ist ein Zitat aus einem Interview aus den militärischen Stellungen der PFLP in den Schuf-Bergen. Gerade dieses Betonen des inneren, subjektiven Prozesses hat uns angetörnt - daß es genau um die Entwicklung und Befreiung jedes einzelnen geht, wie sich das ausdrückt in dem Kampf um die Befreiung der Frauen - und daß das ein zentraler Teil revolutionärer Politik ist.

Das Wissen, daß die Auseinandersetzung eine weltweite ist, daß die Konfrontation zwischen internationalem Befreiungskampf und Imperialismus verläuft, verbindet uns mit den Palästinensischen Revolutionären.

Aus dem Wissen, mit dem Imperialismus konfrontiert zu sein und daraus, daß die Befreiung Palästinas nur im Zusammenhang mit einer revolutionären Entwicklung im gesamten Arabischen Raum möglich sein wird, bestimmt die PFLP auch ihre Beziehungen zu den nationalen revolutionären Bewegungen im Libanon, in Jordanien etc., wo sie an einem Zusammenkommen arbeitet. So haben sie z.B. in den Schuf-Bergen gemeinsame Stellungen mit der PSP und der KP-Libanon oder sie machen zusammen mit Revolutionären aus anderen Ländern Aktionen.

Die Gründung der PNSF (Palästinensische nationale Rettungsfront) im März 85 ist ein Schritt im Kampf um die Einheit. Die PNSF wurde gegründet mit dem Ziel, die fortschrittlichen palästinensischen Kräfte zu sammeln. Die PNSF soll nicht die PLO spalten oder einen Ersatz für sie schaffen, sondern es geht ihnen darum, den kompromißlosen Kräften Stimme und Einfluß innerhalb der PLO zu erkämpfen. Und damit die abweichlerische, kapitulationistische Linie der rechten Führung, also der Arafat-Linie, zu bekämpfen.

"Sache der PNSF ist, die vereinheltliche Front zu erkämpfen, denn die Sache der palästinensischen Revolution ist eine Sache des Kampfes. Unsere Aufgabe ist es, alle Kräfte gegen den Hauptfeind Imperialismus und seine Pläne zu

vereinigen."

"Die PLO ist nicht Sache eines Führers - Arafat oder Habash. Die PLO ist Sache des Volkes, der Massen." (Ein palästinensischer Genosse auf dem Kongress)

"Die PLO, das sind die Palästinenser überall auf der Welt." (Habash)

Sie ist weltweit die anerkannte Vertreterin des palästinensischen Volkes und steht für das Ziel der Rückkehr nach Palästina - besonders in den Arabischen Ländern, auf der offiziellen Ebene und auf Massenebene. Die PLO ist in internationalen Gremien vertreten und hat diplomatischen Status in einigen Ländern. Spaltung der PLO würde bedeuten, daß evtl. die bürgerlichen rechten Kräfte um Arafat dieses alles übernehmen, d.h. alles, was der palästinensische Kampf auf internationaler Ebene durchgesetzt hat, würde dann von der bürgerlichen abweichlerischen Linie übernommen.

Uns gings in der Auseinandersetzung mit dem Kampf der Palästinenser in den Lagern und in den besetzten Gebieten und mit der Politik der PFLP so, daß wir auch direkter was damit anfangen konnten, eine Nähe dazu gekriegt haben - nicht nur so allgemein: daß unser gemeinsames Ziel Befreiung vom Imperialismus ist.

Revolutionäre Einheit und die eigene Initiative dadrin - das liegt für uns hier genauso an. Die revolutionäre Front - also Einheit - lebt durch die subjektive Entscheidung jeder und jedes einzelnen. Zusammen kämpfen - das ist die Möglichkeit für jede Initiative, selbst mitbestimmender und vorantreibender Teil im revolutionären Prozeß zu sein - und darin: den eigenen Bruch zum System zu vertiefen. Das ist von unseren Bedingungen hier, daß wir im imperialistischen Zentrum-im Herzen der Bestie - leben, nicht zu trennen. Dazu ein Zitat aus einem Brief von Hanna Krabbe, Gefangene aus der RAF:

"von hier

ist der Feind nicht zu vertreiben.

Nur zu vernichten.

Das ist unsere Lage und unsere Chance.

Das, worum Che uns beneidet hat.

Denn solange die imperialistischen Zentren noch funktionieren

und sie funktionieren noch

ist der Weltmarkt für den Profit zu rekonstruieren - und sei es unter der Androhung der atomaren Apokalypse.

Solange die Zentren noch regierbar sind

und sie werden noch regiert

hat das Kapital - sein Staat alle Mittel, um auch die entfernteste und mutigste Revolution an welcher Ecke des Globus auch immer in Schach zu halten."

"Daß das Proletariat in den Metropolen die Völker der dritten Welt in ihrem Kampf gegen den Impe-

rialismus allein ließ, (damit) sich als Klasse aufgab und damit der bürgerlichen Ideologie rassistischer, chauvinistischer, antikomunistischer Hetze erliegen mußte"

wie die Genossen aus der RAF sagten.

Das ist die Realität, von der wir hier ausgehen. So können ökonomische und soziale Kämpfe hier nicht von sich aus politisch-revolutionär werden, weil sie - beruhend auf der hier herrschenden Ideologie - Vereinzelung und Entfremdung nicht aufheben, (sondern) als Kämpfe für persönliche Wohlstands- und "Lebensqualitäts"-Sicherung tendenziell die Herrschaft und ihre Ideologie stabilisieren. "Wohlstand" und "Lebensqualität" hier basiert auf der Ausbeutung der drei Kontinente, so daß Klassenbewußtsein in Kämpfen darum gar nicht freigesetzt werden kann. Das ist objektive Bedingung im imperialistischen Zentrum.

Unterdrückung hier, das ist nicht Hunger, nicht physische Existenzbedrohung - sondern ist die Erfahrung der Totalität der Herrschaft bis in die Herzen und Köpfe der Menschen - die Dicksstrukturen hier: Warenverhältnis untereinander, Vereinzelung, Konkurrenz ... Entfremdung. Die Totalität der Objekterfahrung, die Verwirrung darüber, wer hier der Feind ist - Resignation, Selbstvernichtung, Drogentote, Selbstmorde ... das ist unsere soziale Realität hier und der Reformismus, der so nur in der imperialistischen Metropole herrschen kann, der keine andere Funktion hat, als den Schein der Attraktivität und der Allmacht des Systems aufrecht zu erhalten -. Für uns heißt das auch immer wieder, uns gegen diese quälende Realität des imperialistischen Alltags - Korrumperung, Entschlußlosigkeit, Resignation - durchzusetzen, mit ihr zu brechen und uns dagegen Initiative, Entschlossenheit und Kraft zu erkämpfen.

Die Veranstaltung jetzt zu machen, war für uns: Initiativ werden wollen in der revolutionären Einheit - unsere Diskussion an - Internationalismus, zusammen kämpfen und an der WE-Formierung - umsetzen wollen. Und darin: den eigenen Bruch zum System vertiefen - damit meinen wir: uns in jeder Initiative Kollektivität und selbstbestimmte Strukturen untereinander zu erkämpfen -. Das hört sich einfach an - wir haben aber gerade in der Vorbereitung und Diskussion an der Veranstaltung gemerkt, wie schnell das geht, daß sich die alte Scheiße wieder durchsetzt und den gemeinsamen Prozeß blockiert - Leistungsstreß, Anspruch, Entfremdung. Aber wir wollen das, weil es die Möglichkeit und der Weg ist, schon jetzt eine Ahnung von befreitem Leben gegen die imperialistische Scheiße hier zu erkämpfen. Das ist eine Bedingung, die wir - der Widerstand - uns schaffen müssen und ist gleichzeitig unsere politische

Stärke, weil da die Schweine nicht mehr drankommen.

Ausgebeutet und für das System zur Wirkung gebracht wird hier nämlich jede Sehnsucht, jedes Bedürfnis, jede Lebensäußerung, solange sie noch erreichbar ist, d.h. nicht bewußt den Bruch zum System vollzogen hat. Ein Beispiel konkret für ihren Krieg gegen den Arabischen Raum wird der diffuse bürgerliche Antifaschismus und Humanismus, was sich hier aufgrund der Geschichte durchgesetzt hat, ausgebeutet: Einerseits wird der Kampf der Palästinenser als antisemitisch-rassistisch hingestellt - andererseits wird dieses imperialistische Gebilde "Israel" als Land für "die" Juden (was so nicht stimmt) und als attraktives gesellschaftliches Modell dargestellt - die Propaganda vom "Israel", das die "Wüste blühen" läßt und von den Kibbuzen als neue Lebensform als Kollektive (was auch nicht stimmt). Darin werden Sehnsüchte der Metropolenmenschen vernutzt, um uns von den kämpfenden palästinensischen Genossen zu trennen. Das war uns auch am Anfang unserer Diskussion für die Veranstaltung ziemlich wichtig - wir wollen die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Kämpfenden in der Arabischen Region. So was wie z.B. in Bonn gelaufen ist, daß auf ner Demo gegen die Luftangriffe auf Tripoli und Benghazi niemand aus Libyen reden darf, finden wir den totalen Metropolenchauvinismus. Das läßt der imperialistischen Entpolitiserungspropaganda jede Menge Raum und ist proimperialistisch. Wenn - wie Karam Khella gesagt hat, - die imperialistischen Lügen und Dreck gegen die Arabischen Revolutionären Ausdruck der Dekadenz, also der Fäulnis der Metropolengesellschaft ist, dann stellt sich hier die Frage für jeden, ob er Teil dieser faulenden Gesellschaft sein will oder Teil ihrer Zersetzung - entweder Teil des Problems oder Teil der Lösung. Proletarisierung, das ist für uns der bewußte Zusammenhang mit den Kämpfenden der drei Kontinente - das ist nichts Moralisches oder so, sondern das Wissen, daß die Zerschlagung des Imperialismus und so unsere Befreiung nur international erkämpft werden kann - über das bewußte Zusammenwirken der Kämpfe - und klar - wir von unseren Bedingungen ausgehend und die Kämpfenden der drei Kontinente von ihnen.

Objektiv wirken die Kämpfe gegen die Profit- und Herrschaftsinteressen des Imperialismus hier im Zentrum und weltweit zusammen. Kampf um revolutionäre Einheit - heißt für uns, dahinterkommen, die Kämpfe subjektiv bewußt zusammen zu führen. Eine Grundlage für zusammen kämpfen ist die gemeinsame Diskussion. Deshalb finden wir auch die Initiative, eine Veranstaltung zusammen mit Palästinensern zu machen, gut. Für die revolutionäre Entwicklung hier ist uns der

Kampf um die Einheit wichtig, weil es unsere Möglichkeit ist, die Kraft zu werden, um den ganzen Dreck hier zu zerschlagen und dann identifizierbar zu sein als revolutionäre Gegen-Macht, als Gegen-Pol zum System.

Starke Erfahrung, wie es hier gehen kann und welche Stärke in der politischen Einheit liegt, war der Hungerstreik 84/85 der Gefangenen aus RAF und Widerstand für ihre Zusammenlegung. Darin kam der Kampf der Gefangenen und alle Initiativen des Widerstands: Flügel, Veranstaltungen, Demos, Besetzungen, die militanten Aktionen und die Aktionen der Guerilla zusammen zur Wirkung - verstärkten sich gegenseitig - und wurden als revolutionäre Gegenmacht hier identifizierbar. Das war auch die Kraft, gegen die der imperialistische Medien-dreck nicht mehr ankam - ihre ganze psychische Kriegsführung ist daran zerbrochen: sie mußten schreiben, worum es uns wirklich geht - nämlich Durchsetzung der Zusammenlegung und um den gemeinsamen Kampf der revolutionären Gefangenen, der Guerilla und des Widerstands. Und sie mußten zugeben, daß es hier Isolations-folter gibt. Sogar ein Flugl in Kairo zum HS hier mußten die Schweine erwähnen - und die ganzen Aktionen, die in der Zeit in ganz WE liefen - in Holland, Spanien, Portugal, Griechenland, Belgien usw. ... und die sich auf den Kampf hier bezogen. Darin haben wir auch für uns gemerkt, welche Stärke für uns selber in der Ahnung von revolutionärer Einheit liegt - also daß es uns selber Kraft gibt und mobilisiert, von überall den Kampf mitzukriegen. Aus dem, das alles mitzukriegen, also WE-weit den Willen zusammen zu kommen, kam die Idee des Kongresses "Antimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in West-Europa".

Während wir an der Veranstaltung diskutiert haben - an proletarischem Internationalismus und an der WE-Formierung als Teil der imperialistischen Strategie gegen die Palästinensische Revolution, haben Genossen aus dem Widerstand und die RAF die Offensive eröffnet gegen die politisch ökonomische und militärische Formierung von WE - und für den Aufbau der revolutionären Front in WE - als die Konkretisierung von proletarischem Internationalismus.

Das Ziel der Imperialisten ist die Isolierung und letztendliche Vernichtung der Palästinensischen Revolution. Das heißt zunächst die Spaltung der Palästinensischen Einheit: Zum einen Befriedungsstrategie für die, die sich den imperialistischen Zielen unterordnen und damit ihre Palästinensische Identität aufgeben. Zum anderen Liquidierung von denen, die an den Zielen der Revolution festhalten und sie weiterentwickeln. Beide Schienen laufen natürlich gleichzeitig, um den Kampf des Palästinensischen Volkes

zu zermürben, damit es die Hoffnung und das Ziel, Rückkehr in ein befreites Palästina, aufgeben. Das heißt auch Trennung der Palästinenser in den besetzten Gebieten von denen, die in den Lagern sind und den bewaffneten Fedayin, die angeblich nicht wirklich nach Palästina zurück wollen, und den Frieden - was sie meinen, ist imperialistischer Friede - verhindern. In dem Versuch der Schweine, die Lager zu liquidieren, sehen die beiden Schienen so aus: Auf der einen Seite die direkte militärische, durch die Luftangriffe "Israels", das total von US- und BRD-Kriegsmitteln existiert, die Angriffe der Amal auf die Lager mit dem Ziel, die Palästinenser zu entwaffnen, damit sie keine relevante Kraft mehr sind im Libanon (was objektiv mit Israel zusammenwirkt) und die Drohung der USA selbst militärisch im Arabischen Raum einzugreifen, wie 82, wo sie die Lager im Libanon bombadiert haben.

Die andere Schiene. Das Programm für Jordanien, Syrien und Libanon, die mit finanzieller Hilfe von WE (dazu später Marshallplan), die dort lebenden Palästinenser aufsaugen sollen. Konkret, daß die Palästinenser die jeweilige Staatsbürgerschaft und Arbeit erhalten, so daß ihre Identität aufgewelcht wird. Die reaktionären Arabischen Regimes haben an der Ausschaltung der Palästinensischen Revolution ebenfalls ein starkes Interesse, da sie Orientierung für die Arabischen Massen ist und ihre Präsenz ein Faktor innerer Instabilität bedeutet.

In den besetzten Gebieten Westjordanland und Gaza soll dem Kampf der Palästinenser mit dem sogenannten Autonomieplan und dem Plan zur Verbesserung der Lebensqualität im Westjordanland die politische Kraft genommen werden. Als gemeinsame Wirkung mit der militärischen Schiene ist das genau die Aufgabe, der sich WE widmet. Wie, und warum sagen wir später noch genauer.

Zunächst mal, was der sogenannte Autonomieplan ist, wie er durchgesetzt werden soll, welche Ziele damit verfolgt werden. Das Westjordanland war von 1952 bis zur zionistischen Besetzung 67 unter jordanischer Macht; da Jordanien die PLO nur unter Druck der Arabischen Gipfelkonferenz 74 anerkannte, hat König Hussein von Jordanien seinen Machtanspruch auf die Westbank nie wirklich aufgegeben. Tatsächlich hatte er von den USA die Westbank und den Gaza für die Vernichtung der Palästinensischen Revolution im Schwarzen September 1970 versprochen bekommen. In seiner Zusammenarbeit mit den Imperialisten geht's ihm um die Zementierung seiner Macht und daß Jordanien mit Hilfe von Westkohl aus seinem wirtschaftlichen Dilemma gezogen wird, andererseits übernimmt er eine wichtige Funktion in der Aufweichung der PLO. Dies drückt sich konkret im Amman-Abkommen aus, das Arafat

mit ihm abgeschlossen hatte, obwohl im nationalen Programm der PLO festgelegt ist, daß es nie mehr Verhandlungen mit dem jordanischen Regime geben kann (wg. Schwarzen September). Im Amman-Abkommen wird letztendlich Jordanien zum Sprecher der Palästinenser erklärt, die Grenzen Israels anerkannt, und Verhandlungslösung, im Sinne "Land gegen Frieden"/Autonomieplan angestrebt. Die Unterzeichnung des Amman-Abkommens war somit Signal für Jordanien, um mit Israel zusammen arbeiten zu können.

Da das Amman-Abkommen konkret die eine Ebene der Isolierung der Palästinensischen Revolution bedeutet, also aufsaugen der PLO und damit ihre Spaltung zu erreichen, war es eines der wichtigsten Ziele der PFLP, alle Kräfte zu sammeln, um die PLO-Führung zu seiner Aufkündigung zu bringen, zur Wiedererlangung der Basis für den Kampf um die Einheit.

Israels Autonomieplan wurde im Camp-David-Abkommen 78 schon geplant und jetzt wieder zuerst von Bush oder Shultz hervorgezerrt. Mit keinem von denen hätte Arafat ein Abkommen unterzeichnen können. Bei dieser Scheinautonomie unter jordanisch-israelischer Herrschaft, geht's nicht um ein souveränes Palästina, sondern, sie soll unter einer gemeinsamen Selbstverwaltung, die Israel und Jordanien gegenüber loyal ist, stehen, d.h. das Einsetzen von Bürgermeistern aus den Reihen der palästinensischen Bourgeoisie, die die imperialistischen Lösungen tragen.

Scheinautonomie sagen wir auch deshalb,

1. weil sich an dem Faktum der Besatzung nichts ändern würde, d.h., Israel nicht aus den besetzten Gebieten abziehen würde.

2. bereits im Camp-David-Abkommen 1978 ließ Begin keinen Zweifel daran, niemals einen palästinensischen Staat zuzulassen. Bezüglich der Autonomie (was für ihn nicht mit Souveränität gleichzusetzen sei) sagte er "und sollte eines Tages der Verwaltungsrat des autonomen Gebietes die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates proklamieren, wird dies seine erste und letzte Proklamation sein, wir werden einmarschieren in diesen Staat."

Dieser Scheinautonomie-Plan konkretisierte sich in der Ernennung des palästinensischen Bürgermeisters Zafer el Masri in Nablus, der der erste und bis jetzt letzte Palästinenser war, der den Weg für eine zivile Verwaltung im besetzten Gebiet, also in Kooperation mit den zionistischen Besatzern ebnen sollte. Am 2. März 86 wurde er von einem palästinensischen Kommando erschossen. In seiner Funktion als Kollaborateur, Verräter der Palästinensischen Revolution und als Warnung für all diejenigen, die zwar seinem Beispiel folgen wollten, aber nicht dem Ende seiner Karriere - mit Erfolg, alle

anderen zogen bisher ihre Kandidatur zurück.

(aus Rede Georges Habash - 7.3.86, Märtyrertag-) "Unsere Massen im besetzten Palästina müssen diesem Plan (gemeint ist der Autonomie-Plan) entgegentreten, indem wir alle nationalen Kräfte sammeln und deren Ziele herausstellen. Israel ist eine Besatzungsmacht, die ein Volk unterdrückt, es ist ganz natürlich, dagegen aufzustehen und zu revoltieren. - Wenn nicht mit Kanonen, dann mit Molotows, wenn nicht mit Molotows, dann durch Hissen der Palästinensischen Fahne, Demonstrationen, Streiks oder Sit-ins, - wenn wir unfähig sind, bleiben wir zu Hause und halten den Mund, aber mit dem zionistischen Feind kollaborieren ist verboten. Das Urteil des Volkes wird an solchen, die es tun vollzogen ... "

Inzwischen wurde das Amman-Abkommen sowohl von Jordanien, als auch von Arafat aufgekündigt. Ein starker Ausdruck dafür, daß Arafat eben nicht PLO ist. Die Befriedungsstrategie mit Autonomie usw. ist jedoch nur eine Schiene der Imperialisten, die andere - aggressiver Siedlerkolonialismus der Israelis - drückt sich in den besetzten Gebieten über die Politik der eisernen Faust aus.

Konkret heißt das:

- Beschlagnahmung von Land und Vertreibung der ansässigen Palästinenser
- 27 neue Siedlungen für 50.000 Siedler bis Ende 88 als Schutz für beschlagnahmtes und zum Staatsland erklärtes Gebiet (von der Fläche her ca. 1/3 der Westbank)
- Sprengung von Häusern und Zerstörung von Infrastruktur
- "Judaisierung" (orthodoxe Juden/reaktionärste Kräfte)
- Terror gegen palästinensische Bevölkerung: Hausdurchsuchungen/Verhaftungen/Vernichtung von Feldern in der Nähe palästinensischer Dörfer

Die Antwort der Palästinenser in den besetzten Gebieten drückt eine Stelle in dem Buch "A'idun" so aus:

(wachsende Aktivitäten gegen die Besatzung) "Wo immer ihr auch sucht - hinter den Bäumen, in den Bergen, in den Straßen und auf See- ihr werdet uns bereit finden, euch zu bekämpfen, schweren Schaden zu verursachen und euch empfindliche Schläge zu versetzen. Das ist die Botschaft, die unser Volk in den besetzten Gebieten dem zionistischen Feind durch Widerstandsaktionen, vom Steinwurf bis zu schweren Sprengstoffanschlägen reichend, sendet."

Die Konterrevolutionäre Befriedungsstrategie auf politisch/ökonomischer Ebene mit Scheinautonomie usw. ist von den palästinensischen Revolutionären entlarvt und wird von ihnen auf allen Ebenen bekämpft, bevor sie zur vollen Wirkung kommen kann. Auch wenn der Autonomieplan

nicht vom Tisch ist, die Imperialisten, vor allem WE, anstatt der PLO alternative Verhandlungspartner in den Reihen der palästinensischen Bourgeoisie suchen, so haben doch die fortschrittlichen palästinensischen Kräfte diese Ebene erstmal blockiert. Konkret über die Aufkündigung des Amman-Abkommens und die zwar unfreiwillige, aber dennoch in ihrer Auswirkung nicht zu unterschätzende mangelnde Kooperationsbereitschaft der reaktionären Palästinenser. (Gemeint ist die Schlappe mit den Bürgermeister). Das ist einerseits die Wirkung gegen Israel und seine westlichen Krücken. Andererseits ist es für den Prozeß innerhalb der PLO eine wichtige Grundlage/Voraussetzung, für den Kampf um die Wiedererlangung der nationalen Einheit.

Aus dem Appell zum Widerruf des Amman-Abkommens und zur Wiederherstellung der nationalen Einheit G. Habash:

"Ernsthafte Anstrengungen zur Erreichung der nationalen Einheit können nach dem Widerruf des Amman-Abkommens unternommen werden. Eine solche Einheit ist Stützpfeiler für den Sieg über unseren Feind, sie ist die Voraussetzung für den Erhalt der nationalen Errungenschaften für welche unser Volk solch harte Opfer gebracht hat."

WE übernimmt in der Imperialistischen Strategie gegen die Arabische Region eine wichtige Funktion. Konkret soll WE die Autonomielösung finanzieren. Das "Programm zur Verbesserung der Lebensqualität im Westjordanland" ist BRD-Kohle. Der Marshall-Plan soll unter Führung der EG laufen. Die westeuropäischen ökonomischen "vitalen Interessen" im Arabischen Raum sind: Natürlich erstmal das Öl. Die Arabischen Ölländer decken mehr als 2/3 des Bedarfs der EG. Dann: der Ausbau der Arabischen Märkte nach den Bedürfnissen der Multis. Die Arabische Region ist mittlerweile zum wichtigsten Handelspartner der EG geworden. Die EG exportiert dorthin mehr, als USA und Japan zusammen. In manchen Ländern beträgt vom gesamten Import/Export der Anteil der EG 80-90%. Funktion des Marshallplans ist ein von Peres vorgeschlagener "Wirtschaftshilfeplan", der die kaputten Volkswirtschaften in der Arabischen Region, forciert durch den letzten Ölpreisverfall, stützen soll. Peres denkt an einen Entwicklungsfond für Israel, Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien. Der Plan soll mind. 20 Milliarden \$ umfassen und ist auf 10 Jahre angelegt. Die direkte Funktion des Plans ist klar, die Arabischen Staaten sind dringend auf diese Gelder angewiesen, sie sind somit erpressbar und werden zu pro-imperialistischem Verhalten gezwungen. Wichtig ist für uns, daß an diesem Plan die internationale Arbeitsteilung deutlich wird. Die

USA und Israel wollen die Unterstützung bzw. Finanzierung durch WE-Europa und rennen damit offene Türen ein. Das sagt Rau auch ganz offen: Voraussetzung für den Empfang der Kohle sei natürlich eine Erklärung, von jeder Gewaltanwendung im Nahen Osten abzusehen. Damit meinen sie das Stillhalten oder Mitarbeit bei der zionistischen, imperialistischen Aggression gegen den Arabischen Widerstand. Die Arabischen Regimes sollen dazu gezwungen werden, denselben Weg imperialistischer Zurichtung zu gehen, wie Ägypten - politisch, militärisch, ökonomisch - .

Libanon, Syrien und Jordanien werden von den Multis als "ausbaufähige Märkte" für westliche Technologie bezeichnet. D.h., herzurichten für ihre Profitinteressen. Ägypten ist politisch, militärisch und ökonomisch vollständig in die imperialistische Strategie eingebunden. Allein die BRD pumpte 84 250 Millionen an Entwicklungsgeldern nach Ägypten, gezielt werden sie zum Aufbau der Infrastruktur eingesetzt, als Voraussetzung zur Entwicklung der Wirtschaft, d.h. um sich einen Absatzmarkt zu schaffen.

Infrastruktur heißt: Eisenbahn, Fernmeldewesen und Energieversorgung, - so baut Siemens das Telephonnetz und die KWU baut 2 Atomkraftwerke. Als Ergänzung gibt's Hilfe zum Aufbau des Polizeiapparats, konkret des Fahndungsapparats und Aufbau sogenannter "anti-te" -Truppen nach dem Vorbild der GSG 9 und mit deren Hilfe. Die ökonomische Ausbeutung durch die multinationalen Konzerne, das heißt: Aufhebung der Preisbindung von Waren, IWF-Kredite mit den daran geknüpften Bedingungen für die "Schaffung eines guten Investitionsklimas" was heißt: ein gutes Profitklima - Import von Technologie, Ausplünderung der Rohstoffe. Das führte zu Zerstörung der nationalen ägyptischen Wirtschaft und zur Verelendung der Massen und garantiert den Multinationalen Extraprofiten wie in vielen Ländern der drei Kontinente. BRD und Frankreich laden in Ägypten ihren Atom Müll ab. Militärisch ist Ägypten zu einem US-Stützpunkt ausgebaut, außerdem übernimmt das ägyptische Militär selbst Funktionen in der Aufstandsbekämpfung in der gesamten Region - Jordanien 70/71, Oman, Zaire, Libanon.

Gerade dieses Herausbrechen reaktionärer Arabischer Regimes aus der Arabischen Einheit, ist jetzt Aufgabe von WE. Jordanien, Libanon, Syrien sollen denselben Weg imperialistischer Zurichtung gehen. Ägypten soll auf diesem Weg stabilisiert werden, weil der Kampf der Bevölkerung gegen die imperialistische Ausbeutung (Brotunruhen aufgrund der vom IWF diktierten Brotpreiserhöhung von 77), und gegen den von den arabischen Massen gesehenen Camp-David-Plan immer stärker und politisch bewußter wird. So ist es auch nur logisch, daß gleichzeitig von der BRD Hilfe beim Aufbau

des Fahndungsapparats und einer Truppe wie der GSG 9 läuft - die Verhandlungen darüber zwischen BRD und Ägypten - ebenso zwischen BRD und Saudi-Arabien - liefen im Zusammenhang mit der "Anti-Terrorismus"-Geheimdiplomatie Genschers nach dem Luftangriff auf Libyen. Da wird auch deutlich, warum Kohl (ebenso Craxi) in einer US-Zeitung gesagt hat, daß er den US-Angriff auf Libyen richtig findet, dies aber nicht öffentlich vertreten kann.

Ein vereinheitlichtes Westeuropa, als Säule der Nato, soll Funktionen in der imperialistischen Gesamtstrategie übernehmen. Das ist Krisenlösungsstrategie und Entlastung der USA, weil USA in der Arabischen Region und weltweit als Hauptfeind der Völker entlarvt und angegriffen wird, und damit ihre Handlungsmöglichkeiten schwinden. D.h., die USA können im Arabischen Raum ihre Politik nicht ohne WE durchsetzen. Bezogen auf den Marshallplan heißt das, sie hätten allein weder die finanziellen Mittel, noch könnten sie den Plan durchsetzen, ohne breiten Widerstand in der Bevölkerung zu provozieren.

Die Formierung WE in Bezug auf den Nahen Osten, heißt für sie in erster Linie, die "politische Vereinheitlichung gegenüber dem Nahen Osten zu schaffen". Ihr Problem ist, daß die europäischen Staaten in der Vergangenheit unterschiedliche Beziehungen zu den einzelnen Regimes bzw. Organisationen unterhalten haben. So müssen sich die europäischen Staaten in ihrer Politik aufeinander abstimmen, und dies gleichzeitig unter dem Druck einer Annäherung an die zionistische/US-Position. Dies zeigt sich z.B. in der Aufkündigung der Venedigererklärung. Italien hat im Namen der EG diese Erklärung von 1980 für ungültig erklärt, in der sie ausdrücklich die Teilnahme der PLO an einer Verhandlungslösung zur Klärung des Palästinensischen Problems verlangte. Diese vertragliche Bindung der EG-Staaten ist jetzt vom Tisch und bedeutet in diesem Punkt die völlige Übereinstimmung mit der reaktionären zionistischen Position, wofür sich die israelische Regierung auch ausdrücklich bedankte und die EG zu ihrer klaren Haltung beglückwünschte. Oder jetzt, wo die WE-Staaten den internationalen Nah-Ost-Gipfel (der beim Treffen Peres/Mubarak vereinbart wurde) aufwerten sollen, indem sie seine Wichtigkeit betonen und in der Weltöffentlichkeit dafür werben sollen. Geplant und koordiniert wird die WE-Politik und ihre Vereinheitlichung in Gremien wie der EPZ, in der auch Braunmühl drinsäß.

Die Westeuropäische Formierung ist noch nicht durchgesetzt. Das zeigt sich z.B. jetzt in dem uneinheitlichen Vorgehen der EG gegen Syrien - wo's US und GB gerade um eine Eskalation geht - also Erpressung, damit Syrien im Arabischen Raum eine pro-imperialistische Politik macht - BRD und andere WE-Länder setzen eher auf den Erfolg ihrer Geheimdiplomatie und der ökonomischen Erpressung (was Marshall-Plan ist). Wichtig ist für uns zu kapieren, daß das Ziel: Liquidierung des Befreiungskampfs, das gleiche ist von USA und WE. Der Unterschied liegt darin, daß BRD und Frankreich sich die Isolierung dann Liquidierung vornehmen - anstatt sowas wie Tripoli und Benghazi - weil sie die polarisierende Wirkung eines solchen Schlages gegen sich selbst vermeiden wollen.

Das ist ja auch genau die Grenze, an die sie hier stoßen - der Widerstand hier, der ihnen insofern eine Grenze setzt, daß jede offene Eskalation im Krieg gegen den Internationalen Befreiungskampf die Polarisierung hier, zwischen imperialistischer Bourgeoisie und Befreiungskampf weitertreibt, und so die Gefahr für sie hier heißt, daß sie schärfer mit den Zielen der Revolution konfrontiert sind - je offener sie ihre Fratze zeigen -.

Weil es den Kampf gibt - im Arabischen Raum und hier - brauchen sie so was wie Geheimdiplomatie überhaupt - müssen sie diese politische Gratwanderung machen - nach Möglichkeit ohne völligen Verlust ihrer politischen Legitimation den Krieg gegen die Revolutionäre zu eskalieren.

Die Funktion von WE im Krieg gegen den Befreiungskampf in der arabischen Region - also seine Isolierung und Liquidierung - haben wir deswegen so genau gemacht, weil wir hier leben und kämpfen. Und weil die Tatsache, daß der Krieg von hier aus geht, auf den Schienen der militärischen Schläge, der ökonomischen Erpressung und der Geheimdiplomatie, von unseren Bedingungen hier im imperialistischen Zentrum nicht zu trennen ist. Es macht für uns die Möglichkeit und Notwendigkeit von revolutionärem Kampf hier im Zentrum aus. Die WE-Formierung gegen den internationalen Kampf um Befreiung ist zwingend für die imperialistische Herrschaft. Sie müssen den weltweiten Kampf liquidieren, weil der sonst langfristig ihr Ende bedeutet. WE-Formierung - weil sie Herrschaftssicherung übernehmen soll. Nach innen: die Totalisierung der Herrschaft, über high-tech als Mittel der Profitmaximierung und als Mittel zur Kontrolle, Gehirnwäsche, Repression - als Kriegsmittel.

Die WE-Formierung zielt auch direkt gegen die revolutionäre Entwicklung in WE: WE-Rechtsraum, faktische Abschaffung des politischen Asyls, wie z.B. die Auslieferung von revolutionären Basken von Frankreich an Spanien seit dem spanischen Nato-Beitritt. Und der Versuch der Durchsetzung der Isolationsfolter gegen die revolutionären Gefangenen in allen Nato-Ländern. (wie z.B. grade in Spanien)

Was wir jetzt aktuell wichtig finden: Grundlage für die gemeinsame Entwicklung des revolutionären Prozesses ist die Organisierung der selbstbestimmten Diskussion untereinander. Und die müssen wir erkämpfen. Eine Erfahrung war der Kongress "antimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in WE" im Januar d.J. Die Schweine wollten den Kongress zerschlagen. Wir haben darin die Erfahrung gemacht, daß wir uns durchsetzen konnten, weil wir im Bewußtsein der Konfrontation - daß die Schweine uns diese Grundlage entziehen wollen - den Kongress angegangen sind. In diesem Bewußtsein haben wir auch unseren Schutz organisiert.

Die aktuelle Strategie der Aufstandsbekämpfung zielt genau gegen die Auseinandersetzung mit revolutionären Inhalten, gegen die Kommunikation derer, die die revolutionäre Entwicklung wollen. So z.B. Ermittlungsverfahren wegen 129a gegen Veranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen und zur Zusammenlegungsforderung. Damit wollen sie zum einen die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit revolutionärer Politik im Keim ersticken. Zum anderen haben sie ganz direkt verhindert, daß etwas vom Kampf und von der Situation der Gefangenen rüberkommt. Damit wollen sie sich den Raum schaffen, um den Angriff auf unsere gefangenen Genossen zu verschärfen. Auf derselben Linie liegt ihr Vorgehen gegen verschiedene Zeitungen: gegen die Radikal, 's Blättle in Stuttgart, l'internationale in Frankreich, wo sie das ganze Redaktionskollektiv eingeknastet haben und wegen Mitgliedschaft in Action directe aburteilen wollen - und gegen den Knipselkrant aus Holland, wo jetzt die BRD selbst -BND und BAW - es in die Hand nimmt, gegen die Zeitung vorzugehen. Oder die Verhaftungen in Rüsselsheim, wo

sie die Tatsache, daß eine Genossin und ein Genosse aus dem Widerstand mit jemand aus der RAF geredet haben, eigentlich nicht kriminalistisch fassen können. Und so eben aus der politischen Identität - dem Willen, den revolutionären Prozeß hier zusammen voranzubringen, ein Organisationsdelikt: Mitgliedschaft in der RAF - machen, um's überhaupt kriminalistisch-juristisch fassen zu können. Ihre aktuelle Strategie zielt darauf, die Entwicklung hier zu blockieren, indem sie uns eine Grundlage entziehen. Gerade an der Veranstaltung in München wird das deutlich, daß der Widerstand sich diesen Raum erkämpfen muß - es ist die Frage, ob und wie wir uns gegen sie durchsetzen.

Das ist auch nochmal konkret wichtig für die Veranstaltung in FFM mit den palästinensischen Genossen zusammen. Wir wollen die Veranstaltung als Möglichkeit der Diskussion mit ihnen und natürlich auch um voneinander authentische Info's zum Kampf mitzubringen.

"Wir befinden uns gegenwärtig in einer Phase, in der sich der Imperialismus in einem weltweiten Mehrfrontenkrieg befindet. Meine Anwesenheit bestätigt, daß der Kampf gegen den Imperialismus gemeinsam geführt wird und geführt werden muß." (Ein Palästinensischer Genosse auf dem Kongress "Antimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa")

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS
RAF UND WIDERSTAND
SOFORTIGE FREILASSUNG VON GÜNTHER
SONNENBERG

INFORMATIONEN UND UEBERLEGUNGEN ZUR BRIEFAKTION

1. Seit Anfang September haben etwa 40 Personen in der BRD anonyme Briefe erhalten. Sie werden darin aufgefordert, gegen eine Belohnung von DM 1.000.000.- angebliche Verbindungen zur RAF offenzulegen. Die Empfänger leben in 13 Städten überwiegend im süddeutschen Raum: in Frankfurt, München, Nürnberg, Stuttgart, Heidelberg, Mannheim, Saarbrücken, Karlsruhe, Wiesbaden, Düsseldorf, Münster, Wuppertal und Braunschweig.

Die Briefe haben folgenden Wortlaut:

"Sehr geehrter .

Unter dem Eindruck der Anschläge der letzten Monate und der relativ erfolglosigkeit der Behörden, diese aufzuklären, möchte ich mit Ihnen vertraulich Kontakt aufnehmen. Mit Rücksicht auf Ihre Sicherheit habe ich auf den Postweg verzichtet.

Meine Auftraggeber sind Privatpersonen, die ein Interesse daran haben, daß das Blutvergießen ein Ende findet.

Vielleicht haben auch Sie inzwischen von meiner kleinen Briefaktion gehört, die vermutlich in Einzelfällen Diskussionen ausgelöst hat. Ich kenne Sie nicht und kann Sie auch nicht persönlich einschätzen. Aber ich habe jetzt in Erfahrung gebracht, daß Sie über entspre-

chende Verbindungen verfügen und vermute, daß Sie mir unter Umständen Hinweise auf den Aufenthalt von gesuchten Mitgliedern der RAF geben können

Ich bin ermächtigt worden, Ihnen persönlich für geeignete Hinweise bis zu

1 Million DM

anzubieten.

Darüber hinaus kann ich Ihnen später den Aufbau einer beruflichen Existenz (wo auch immer!) ermöglichen.

Ich garantiere Ihnen ferner absolute Diskretion insbesondere gegenüber staatlichen Stellen. Sie können also Ihr bisheriges Leben unbeeinträchtigt und unverändert fortsetzen.

Gegenüber meinen Auftraggebern habe ich mir ausbedungen, Ihnen nicht den Namen eines evtl. Hinweisgebers zu nennen. Als eine Art "Treuhand" darf ich über das Geld nach eigenem Ermessen verfügen.

Vorausgesetzt ist natürlich, daß der Hinweis zu einem Erfolg führt.

Mein Angebot ist ernst gemeint, bitte überdenken Sie es in aller Ruhe.

Wenn Sie mir einen Hinweis geben können, schreiben Sie mir bitte innerhalb der nächsten vier Wochen anonym an

Postlagerkarte Nr.
4000 Düsseldorf 32

In Ihrem Antwortschreiben (nicht auf dem Umschlag!) geben Sie bitte das Kennwort "griechischer Buchstabe Zahl" an.

Bitte nehmen Sie auch dann mit mir Kontakt auf, wenn Sie mir z.B. noch nicht behilflich sein können oder wollen, aber glauben zu einem späteren Zeitpunkt dazu in der Lage zu sein.

Sicherlich haben Sie Verständnis dafür, daß ich meine Identität zumindest vorerst nicht preisgeben kann. Ich sehe aber durchaus Möglichkeiten, in dem Falle, daß Sie Interesse daran haben, ein persönliches Treffen unter beiderseits akzeptablen Bedingungen zu arrangieren. Es bleibt jedoch auch die Möglichkeit, die Angelegenheit ohne jede persönliche Begegnung zu verwirklichen, einschließlich Geldüberweisung, die z.B. über eine Schweizer Bank oder einen Anwalt/Notar ihrer Wahl unter dem Stichwort "griechischer Buchstabe Zahl" abgewickelt werden könnte.

mit freundlichen Grüßen

PS:

Sollten auch Sie in eine Zwangslage geraten und den Erhalt dieses Briefes gegenüber anderen zugeben müssen, sehe ich darin kein Hemmnis, trotzdem vertraulich miteinander in Kontakt zu treten."

Alle Briefe sind in ihrem Wortlaut nahezu identisch. Lediglich die Begründung für die Behauptung, der Empfänger habe Verbindung zur RAF, weicht manchmal von dem hier zitierten Beispiel ab. So heißt es etwa, der Empfänger sei dem Verfasser in letzter Zeit empfohlen worden, ihm behilflich zu sein. In anderen Briefen wird gesagt, der Empfänger habe früher mit einem jetzt gesuchten RAF-Mitglied zusammengewohnt oder: er sei dem Verfasser durch Presseveröffentlichungen bekannt geworden. Das Postskriptum erscheint erst seit dem 9. Brief.

Genossen berichten, daß Polizeibeamte bei den Hausdurchsuchungen in der Düsseldorfer Kiefernstraße (Ende Oktober 1986) einen Brief gefunden haben, und daß eine BKA-Beamtin zu einem anderen Polizeibeamten sinngemäß gesagt habe, sie sei für diese Briefe zuständig. (vgl. die Äußerung eines Rechtsanwalts auf der Pressekonferenz zur "Briefaktion" am 12.1.1987 in Bonn)

2. Zu der Frage, wer der Urheber der Briefe sein könnte, ist folgendes zu überlegen:

a) obwohl Verfasser und Auftraggeber sich als Privatleute bezeichnen, spricht doch einiges dafür, daß staatliche Stellen, genauer

gesagt: Staatsschutzbehörden (BKA und Verfassungsschutz), in irgendeiner Weise beteiligt sind, sei es als alleiniger Urheber, sei es als Unterstützer:

- Die Briefempfänger gehören der revolutionären oder demokratischen Bewegung an. Es ist keine Zufallswahl, so einen Brief bekommen zu haben. Die Informationen über die Empfänger können nur von staatlichen Stellen erfolgt sein.

- Die in dem Brief genannte Zusicherung einer "neuen Existenz" und Straffreiheit (auf Grund von "Diskretion") kann nur von staatlichen Stellen ermöglicht werden.

- Die Aktion selbst ist eine Wiederholung der üblichen von Staatsschutzbehörden praktizierten Anwerbemethoden: Ansprechen von "Verdächtigen" sowie Versprechen von Belohnung und "neuer Existenz". Wenn die Staatsschutzbehörden hier gleichwohl nicht offen als solche auftreten, so könnte dies seinen Grund in dem Scheitern des Kronzeugengesetzes haben sowie der weiteren Tatsache, daß gegen die Empfänger Ermittlungsverfahren wegen ihrer angeblichen "Verbindungen" (§29a StGB) nicht laufen, so daß offener staatlicher Druck auf sie sich in der Öffentlichkeit erst recht nicht verkaufen ließe.

- Für staatliche Urheberschaft spricht schließlich auch die berichtete Äußerung einer Beamtin aus dem BKA (s.o.).

b) Darüberhinaus ist an die Beteiligung von "Privatleuten" zu denken, genauer gesagt: von Industriellen, die gerade nach den Anschlägen auf Zimmermann und Beckurts ein unmittelbares Interesse an "Fahndungserfolgen" haben. In diesem Zusammenhang könnten Pressemeldungen von Bedeutung sein, wonach am 31.8.1986 eine Konferenz zwischen Repräsentanten der Industrie und Staatsschutzbeamten im BKA stattgefunden hat. Dort haben die Industriellen einen Plan vorgelegt, der nicht nur Verteidigungsmaßnahmen gegen mögliche Anschläge, sondern auch "Offensivmaßnahmen" vorsehe. Es sei darum gegangen eine gemeinsame Politik festzulegen und große Mittel zur Verfügung zu stellen. So habe man einen gemeinsamen Fonds mit mehreren Millionen DM gegründet. Zu dem Projekt gehöre auch das Ziel der Infiltration der "terroristischen" Bewegung (Le Figaro, 22.11.1986). Im gleichen Zusammenhang ist die Meldung der "Wirtschaftswoche" (18.7.1986) von Bedeutung, wonach alle großen Firmen ihre Sicherheitsbeauftragten haben, die in einem Informationsverbund mit den Behörden stehen. - Es liegt nahe, die "Briefaktion" mit der genannten Zusammenarbeit zwischen Industrie und Staatsschutz in Verbindung zu bringen.

3. Was den Zweck dieser Aktion angeht, so geht es den Urhebern sicher nicht in erster Linie darum, "Verbindungen" aufzudecken, um Fahndungserfolge zu erreichen. Dafür ließen sich leicht "effektiver" Methoden vorstellen. Allenfalls könnte man sagen, daß dieses Ziel mitspielt, man's auf diese Weise auch einmal versucht. Der Hauptzweck ist wohl die Einschüchterung der Empfänger und derer, die von der Briefaktion erfahren. Die Einschüchterung ergibt sich insbesondere aus der Behauptung, der Empfänger habe Verbindung zur RAF, und aus der Anonymität der Urheber: man soll sich rundum von unbekannten Instanzen beobachtet fühlen. Hinzu kommt die unausgesprochene Drohung, daß die "Briefaktion" nur ein Anfang ist und es auch andere Mittel geben könnte, einen zum reden zu bringen. Hier ist von Bedeutung, daß in anderen Ländern und im Zusammenhang anderer Kämpfe "private" Organisationen gegen Oppositionelle mit Entführung, Folter und Mord vorgehen. Auf diesem Hintergrund sollen sich die Empfänger der Briefe einem umfassenden Risiko ausgesetzt sehen. Schließlich ist ein Zweck, Verwirrung und Mißtrauen in den politischen Gruppen und Zusammenhängen der Empfänger zu schaffen. Dies ergibt sich aus dem Postskriptum. Es wird suggeriert, als habe der Verfasser davon Kenntnis, daß Empfänger der Briefe den Empfang verheimlichen wollten und erst unter Druck ihrer "Genossen" den Empfang offenbart haben. Dem liegt der Gedanke zu Grunde, daß die Empfänger potentielle Denunzianten sind, von dem Urheber der Briefe dementsprechend eingeschätzt werden und deshalb als Adressaten ausgewählt worden sind; und daß sie ein Interesse haben, den Empfang des Briefe-

fes zu verheimlichen. - Wenn es im Brief weiter heißt, auch wer den Empfang des Briefes habe offenbaren müssen, könne noch Kontakt aufnehmen, so steckt darin die Unterstellung, auch wer den Empfang des Briefes nicht verheimliche, komme immer noch als Denunziant in Frage. Auf diese Weise soll allseitiges Mißtrauen erzeugt werden.

Die beste Art und Weise, den Zielen der Briefaktion entgegen zu wirken ist, sie möglichst breit zu veröffentlichen und darüber zu diskutieren.

Scharfe Hunde

Der Prozeß gegen die bayrische Kernkraftgegner-Zeitschrift „Radi-Aktiv“ geriet zum Testlauf für den neuen Antiterrorparagrafen über „Anleitung zu Straftaten“.

Am Rosenmontag verteidigte das Amtsgericht Nürnberg die Ehre Bayerns. Drei Widersacher der Wackersdorfer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) aus dem Spektrum der Schreibtischtäter, die presserechtlich Verantwortlichen der bayrischen Atomgegner-Zeitschrift „Radi-Aktiv“, wurden unter anderem wegen „Verunglimpfung des Staates“ mit Geldstrafen von 900 bis 3600 Mark belegt.

Das in Nürnberg erscheinende Blatt (Auflage: 5000 Exemplare) hatte sich bei einer Titelgestaltung im März vorigen Jahres am Großen Staatswappen des Freistaats Bayern vergangen. Nach den ersten schweren Auseinandersetzungen auf dem WAA-Gelände kam die Redaktion auf die Idee, die Wappenlöwen mit Polizeihelm, Gummiknüppel und Pistole auszurüsten sowie drei scharfe Hunde einzumontieren. Die bissige Karikatur machte auf die Staatsanwaltschaft den Eindruck, als würden atomare Projekte in Bayern „mit besonders bösartigen Polizeieinsätzen durchgesetzt“.

Obschon vergleichbare Manipulationen am hessischen Wappenlöwen durch Gegner der Frankfurter Startbahn West trotz zahlloser Ermittlungsverfahren durchweg straffrei blieben, wollte der Nürnberger Amtsrichter Werner Voll beim Wackersdorf-Titel (Schlagzeile: „Frei statt Bayern“) weder Kunst-, Meinungs- noch Pressefreiheit gelten lassen. Ein angebotenes Gutachten des Graphikers Klaus Staack, der den künstlerischen Wert und die satirische Aussage des Titelblatts darlegen sollte, lehnte der Richter ab.

Statt dessen versuchte die Justiz, an den Wappenschändern ein Exempel zu statuieren. In dem Prozeß, in dem Richter Voll Sicherheitsvorkehrungen wie bei Verhandlungen gegen hochkarätige Terroristen walten ließ, mußten sich die drei Redakteure dem Anklagevorwurf der „Aufforderung zur Brandstiftung“ stellen.

Der Hauptpunkt der Anklage erwies sich zwar, so Voll zum Schluß, als „zwei-

felsfrei nicht nachweisbar“. Doch schwer wiegt, daß der Vorwurf vom Gericht überhaupt zur Verhandlung zugelassen worden war - obgleich er ebenso maßlos ist wie die Einschätzung des Staatsanwalts Gerd Breitingen, der die Angeklagten kurzerhand als „militante WAA-Gegner“ einstufte, die „den Boden für Terrorismus“ bereitet hätten.

Den Hauptvorwurf kombinierte der Staatsanwalt aus verschiedenen Fundstellen in der Zeitschrift der Kernkraftgegner. So hatte das Blatt nachgedruckt, was die Mitangeklagte Anita Aschenbrenner schon Wochen zuvor unbeantwortet in der Berliner „Tageszeitung“ („taz“) geschrieben hatte: „Sämtlichen Firmen, die glauben, sich an der WAA eine goldene Nase zu verdienen, muß mit verschiedensten Mitteln deutlich gemacht werden, daß langfristig ihre Verluste größer sind als ihr Gewinn.“

An anderer Stelle fand der Strafverfolger eine „Schwarze Liste“ von „Firmen aktiv für die WAA“ und entdeckte auch noch das Faksimile eines Bekennerbriefs: „Wir haben heute nacht“, bekundete darin eine obskure „Pissnelken ARGE“ im üblichen Autonomen-Jargon, „ein Sand plus Kiesmischwerk der Fa. HOCHTIEF mit Brännsätzen flammbiert!“

Seine schwere Beschuldigung stützte der Staatsanwalt bei Anklageerhebung auf Paragraph 111 des Strafgesetzbuches („Öffentliche Aufforderung zu Straftaten“). Der allerdings verlangt, so die höchststrichterliche Rechtsprechung, eine maßvolle und enge Auslegung. Der Tatbestand setzt, entschied der Bundesgerichtshof im März 1984, eine „bestimmte Erklärung an die Motivation anderer voraus, bestimmte Straftaten zu begehen“.

Gleichwohl konstruierte der Strafverfolger aus seinen „Radi-Aktiv“-Belegen einen „Gesamtzusammenhang“, aus dem für „unbefangene Durchschnittleser“ ein konkreter Brandstiftungsauftrag abgeleitet werden könne. Dabei ließ er unbeachtet, daß die Angeklagte Aschenbrenner, als sie den „taz“-Artikel schrieb, keine Ahnung vom Bekennerbrief der „Pissnelken“ hatte.

Die gebündelte Anklage nährte denn auch bei den „Radi-Aktiv“-Verteidigern den

Verdacht, die Nürnberger Staatsanwaltschaft habe insgeheim schon den neuen, auf die Terrorbekämpfung gemünzten Strafgesetzbuch-Paragrafen 130 a einer „Art Testlauf“ unterzogen.

Zu spät für eine Verfolgung der Nürnberger Schreibtischtäter, denn seit Beginn des Jahres erst ist der verschärfte Paragraph in Kraft: Strafbar macht sich wegen „Anleitung zu Straftaten“ schon, wer Schriften verbreitet, die als Anleitung geeignet sind und dazu dienen sollen, andere zu motivieren. Angewandt nach der Methode des „Radi-Aktiv“-Anklägers, eignet sich der Paragraph, so Verteidiger Uwe Maeffert, „jede Dokumentation von Widerstandsformen mit Blick auf den interpretierten Gesamtzusammenhang oder den interpretierten Willen der Herausgeber einer Zeitung zu kriminalisieren“. Maeffert: „Im Grunde versteckt sich dahinter Gesinnungsjustiz.“

Auch „der im Ruf liberaler Milde stehende Amtsrichter Voll“ („Süddeutsche Zeitung“) ließ bei seiner Urteilsbegründung erkennen, daß er den Eignungs-Gedanken in diesem Fall so abwegig nicht fand. Zwar habe er die Angeklagten vom Vorwurf der Aufforderung zur Brandstiftung mangels Beweises freisprechen müssen, insgesamt könne dem Blatt der Kernkraftgegner aber „hinreichend sicher“ entnommen werden, daß die Angeklagten mit solchen Anschlägen „sympathisierten“.

„Gerade in Bayern besteht die Gefahr“, warnte die Bundestagsfraktion der Grünen schon vor Beendigung des Nürnberger Presse-Prozesses in einer Solidaritätsadresse an die Angeklagten, „daß zur Durchsetzung der WAA ein permanenter Ausnahmezustand etabliert und auch juristisch abgesegnet wird.“

Der Spiegel 09-03-1987

'radikal'

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die 'radikal' 132, die seit über einem halben Jahr Vorwand für zahlreiche Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen in Wohnungen, Buch- und Infoläden sind (wir denken, die Einzelheiten sind bekannt), zeichnet sich eine neue Entwicklung ab:

Die Staatsanwaltschaft beim OLG Frankfurt (Oberstaatsanwalt Broschat) hat mit Datum 27.1.87 im Ermittlungsverfahren gegen einen Genossen aus Hanau eine Anklageschrift formuliert. Ihm wird vorgeworfen, durch Verbreitung der 'radikal' 132 RAF und RZ unterstützt und für sie geworben, gleichzeitig die BRD „böswillig verächtlich gemacht“ und zu „rechtswidrigen Taten aufgefordert“ zu haben (für Kenner: §§ 129a, 90a, 111 [i. V. m. 242, 303, 304 u. a.], 52, 74 f StGB).

Die Konstruktion der Tatvorwürfe stützt sich auf Zitate aus

'radikal' 132 zur RAF, zu militanten Aktionen, zum Jahrestag von Stammheim, zu Aneignungsaktionen in Kaufhäusern, zur WAA etc.

Aus der Geschichte der 'radikal' seit ihrer Gründung 76, aus der Verurteilung von Klöckner und Haerlin, aus der Fortsetzung der Zeitschrift unter notwendigerweise konspirativen Bedingungen wird in der Anklageschrift eine Tendenz gezeichnet, die aus dem Verbreiten der Nr. 132 eine vorsätzliche Unterstützung von RAF und RZ sowie die anderen „Tatvorwürfe“ ableitet.

Interessant in der Anklageschrift ist die Darlegung des Verfahrenshergangs gegen die 'radikal' 132 vom Postbeschlagnahmebeschluß (erwirkt durch GBA), über dessen Ausweitung auf bereits versandte Pakete, die „Amtshilfe“ der Post (Anweisung an alle Dienststellen, nach den Paketen zu recherchieren), bis zur Beschlagnahme der Paketkarten.

Dreh- und Angelpunkt der An-

klageschrift ist die Behauptung der Verbreitung der 'radikal' 132, was aus der Zahl 25 auf dem Adreßfeld der Paketkarte und demgegenüber einem bei einer Hausdurchsuchung sichergestellten Exemplar geschlossen wird. Dabei stützt sich die Anklage als Beweismittel hauptsächlich auf die Paketkarten für 'radikal' 132 sowie auf im Zuge der Ermittlungen ebenfalls beschlagnahmte Paketkarten zu Nr. 129 (Febr. 85) und 131 (Januar 86). Weil laut Anklageschrift der Name des angeschuldigten Genossen auf diesen Paketkarten auftaucht, wird gefolgert: „Der Angeschuldigte, der von den unbekannten Verfassern und Erstverbreitern als Kunde bezeichnet (...) wird, kannte durch den Bezug der Vor Ausgaben auch bereits den Charakter der Ausgabe Nr. 132.“

Zur Einschätzung: Aus der Tatsache, daß die anklagende Staatsanwaltschaft in Frankfurt zentrale Instanz für die 'radikal'-Ermittlungen in Hessen ist sowie aus der Formulierung der Ankla-

geschrift läßt sich schließen, daß diese Anklageerhebung die erste und vorerst die einzige in diesem Bundesland ist. Das damit anlaufende Gerichtsverfahren (voraussichtlicher Termin ist Ende Mai, Anfang Juni 87) könnte so unter Umständen Pilotfunktion haben. Doch nicht nur, um in etwaigen folgenden Verfahren die Ausgangssituation zu verbessern, ist eine optimale und solidarische Vorbereitung und Prozeßführung vonnöten! Wir bitten deshalb alle, die ebenfalls Anklageschriften in Sachen 'radikal' 132 bekommen haben, sich bei uns zu melden. Wir überlegen im Moment, ein Betroffenen-Treffen zu organisieren, und zwar möglichst bald. Schreibt uns bitte auch, was ihr davon haltet. Unsere (neue) Adresse:

Bunte Hilfe Hanau, c/o „Brückenkopf“, Wilhelmstr. 15a, 6450 Hanau

TAZ 11.03.1987

Anklage gegen mutmaßliche Terroristen

Die Angeschuldigten werden verdächtigt, sich der RAF angeschlossen zu haben

SDZ 12.3 ker. Karlsruhe (Eigener Bericht)

Generalbundesanwalt Rebmann hat gegen die drei mutmaßlichen RAF-Terroristen Anklage erhoben, die am 2. August 1986 in Rüsselsheim festgenommen wurden. Es handelt sich um die seit langem gesuchte 32jährige Eva Sybille Haule-Frimpong, um die 23jährige Luitgard Hornstein und um den 27jährigen Christian Kluth. Die Anklageschrift wird vom 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart geprüft. Nach Mitteilung der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe vom Mittwoch werden die drei Angeschuldigten verdächtigt, sich „spätestens im Frühjahr 1984 (Haule Frimpong) beziehungsweise im Sommer 1986 (Hornstein und Kluth) der terroristischen Vereinigung Rote Armee Fraktion (RAF) als Mitglieder angeschlossen zu haben“.

Bei ihrer Festnahme waren die drei mit einer Skizze des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Bonn beschäftigt. Nach Meinung der Anklagebehörde hatte die RAF diesen Gebäudekomplex als Anschlagobjekt ausgespäht. Alle drei hatten gefälschte Ausweispapiere bei sich, Frau Haule-Frimpong zudem eine durchgeladene großkalibrige Pistole. Haule-Frimpong wurde seit langem mit Haftbefehl gesucht wegen des Verdachts ihrer Beteiligung an dem versuchten Sprengstoffanschlag auf die NA-

TO-Schule am 18. Dezember 1984 in Oberammergau.

Jetzt heißt es, bei diesem Anschlag seien Erkenntnisse verwendet worden, die wahrscheinlich Frau Haule-Frimpong gesammelt und mit handschriftlichen Anmerkungen versehen habe. Vermutlich von ihr stammende Unterlagen seien in konspirativen Wohnungen gefunden worden, die am 2. Juli 1984 in Frankfurt und am 14. Juli 1984 in Karlsruhe entdeckt worden seien. Fingerabdrücke von ihr seien in einer weiteren konspirativen Unterkunft in Tübingen gesichert worden. Die Angeschuldigte habe versucht, im Juni 1985 unter dem Falschnamen „Petra“ eine Unterkunft für die RAF in Offenbach zu übernehmen. Vorher seien jedoch die damaligen Wohnungsinhaber Ingrid Barabaß und Mareile Schmegner festgenommen worden.

Die Angeschuldigten Hornstein und Kluth waren nach Meinung der Bundesanwaltschaft spätestens seit Sommeranfang 1986 als Mitglieder der RAF mit der Beschaffung, Sammlung und Auswertung von Informationen befaßt, die als Grundlage für terroristische Anschläge dienen sollten. Sie hätten sich außerdem im Juli 1986 unter falschem Namen in verschiedenen Jugendherbergen aufgehalten und dort „Personendaten“ für die RAF ausgespäht.



Presse-spiegel

Der Raid (Erforschung, Mitwirkung, Intervention, Abschreckung), Eliteeinheit der Polizei, die am Samstagabend an der Verhaftung der "historischen Führer" von Action Directe beteiligt war, wurde im Juli 1985 gegründet. Diese Einheit, die von Robert Broussard geschaffen wurde und von Ange Mancini geführt wird, zählt ungefähr siebzig Polizisten. Seine Kompetenz ist etwas grösser als die des GIGN (Interventionseinheit der nationalen Gendarmerie), denn der Raid hat Kompetenz in Sachen schwere Kriminalität (Gefangennahme, Freiheitsberaubung, aber auch in Sachen Terrorismus.) Der Kommissar Ange Mancini, der den Raid anführt, ist ein spezialisierter Polizist in Sachen Terrorismus.
France-Soir 23/02/1987

Folgende Waffen wurden im Waffenlager der "Festung-Rouillan" gefunden.
-Ein Sturmgewehr der Marke Herstal, der in Belgien gestohlen wurde
-Zwei Maschinengewehre Sten 9mm, Ueberreste von Fallschirmabwürfe britischer Waffen während dem letzten Krieg an den Widerstand
-Drei automatische Pistolen, Kaliber 11,43
-Ein Revolver 38 Spezial und eine Pistole 9mm
-Dreizeig Kilo Sprengstoff und ein Jagdgewehr
Die Polizei hat neben zahlreichen ideologischen Dokumenten - Bekennerbriefe, Erklärungsnotizen, Manifeste - auch die Kode gefunden, die benützt werden um Kontakt mit Militanten ausländischer Terrorgruppen aufzunehmen, wie die Grapo in Spanien und der Roten Armee Fraktion in Deutschland.
France-Soir 24/02/1987

Im Quai des Orfèvres lässt man erkennen dass die Notizbücher und Papiere die in der Wohnung der Führer von Action Directe gefunden wurden, eine beachtliche Dokumentation ausmachen und dass man wahrscheinlich einige Monate braucht um sie zu analysieren. Unter diesen Sachen befinden sich sechzig Videokassetten die amtlich versiegelt wurden, bis sie entschlüsselt werden. Während den Durchsuchungen haben die Spezialisten des antiterroristischen Kampfes auch Stempeln gefunden die dazu dienen einen fünfzackigen Stern aufzudrücken - Emblem der Gruppe Action Directe - und Photokopien von Bekennerbriefe mehrerer Attentate. Es handelt sich unter anderem um das gegen René Audran und Georges Besse, sowie das von Henri Blandin und Guy Brana. Die Ermittler haben auch die Photokopien der Bekennerbriefe von den Attentate gegen die Sitze von Interpol und der OCDE gefunden.
Zur Zeit weigern sich die Justizkreise die Information des Parisien Libéré zu bestätigen, wonach die Mitglieder von Action Directe planten den Direktor der Gesellschaft Robert Alkan und Co. zu entführen, eine Gesellschaft die mit Weltraumwaffen zu tun hat, dessen Aktivitäten mit der Formel "Verteidigungsgeheimnis" versehen sind. Aber man weigert sich auch, die Information abzuleugnen.
Le Monde 26/02/1987

Der unerhoffte Fang dieser nicht zu ergreifbaren Terroristen, deren unwahrscheinliche Bewahrungsmanie den Ermittler eine Menge Informationen liefert,

Informationen einer Genauigkeit, die man "halluzinierend" nennt, ohne von den Beweisstücken zu sprechen, die man jetzt unerbitterlich verwenden kann um diejenigen aus ihrem "Umkreis" zu jagen.

Man hoffte in Belgien Dokumente in den Archiven der französischen Terroristen zu finden, die sich zum Beispiel auf die Finanzierung von AD und den CCC beziehen könnten. Aber anscheinend, zum Leid der Ermittler, befand sich nichts in Orléans.

Le Soir 24/02/1987

Aber die Spur der Sprengstoffe die im Loir-et Cher gestohlen wurden, wieder einmal in der Nähe von Vitry-aux-Loges, decken auch das Ineinandergreifen zwischen den europäischen Terrornetzen und vorallem den beunruhigenden Nahostnetze auf.

Am 24. September hat die DST, durch eine Information der belgischen Polizei, ein Waffen-, und Sprengstoffversteck in dem Wald von Rémoise gefunden, ganz genau in Monchenot in der Marne. Eine "Mausefalle" war rund herum aufgestellt worden. Ein iranischer Terrorist konnte so verhaftet werden. Ein anderer Teil des Sprengstoffs wurde jetzt in der Farm von Rouillan gefunden. Ein dritter Teil ist in den Händen der irländischen Revolutionäre der INLA geblieben, genau diejenigen die 1982 in Vincennes von der GIGN verhaftet wurden. Die Spuren dieses charakteristischen Sprengstoffs finden sich in Spanien wieder wo sie in Attentate der ETA verwendet wurden. Action Directe war also im Zentrum eines sehr engen Versorgungsnetzes und gemeinsamer logistischer Unterstützung für zahlreiche ausländische Terrorgruppen.

Le Figaro 26/02/1987

Die vermutliche Freiheitsberaubung einer Persönlichkeit hat Herrn Brugière dazu geführt die vier Mitglieder von Action Directe wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation anzuklagen. Die Errichtung eines "Volksgefängnis" in der Farm von Vitry-aux-Loges dient als Beweis. Desweiteren einige Ueberfälle: am 27. März in einer Bankfiliale in Orléans, am 20. Juni in einer Bankfiliale in Angers.

Der Hauptanklagepunkt bezieht sich schliesslich auf gefundene Dokumente die beweisen dass die Gruppe Ermittlungen geführt hatte um zu versuchen, so scheint es, den Kader einer Gesellschaft die Waffenmaterial herstellt sowie einen Verantwortlichen der CEA (Zentrale der Atomenergie) zu töten.

Andererseits stammen die dreizig Kilo Sprengstoff die in der Farm von Loiret gefunden wurden, aus einem Diebstahl in Pompaire (Deux-Sèvres) im November 1984, von denen ein Teil für Attentate in Spanien und bei Köln verwendet wurden. 15 Kilogramm dieser gleichen Art Sprengstoff war von der DST im September 1986 zwischen Reims und Epernay (Marne) gefunden worden, was zur Anklage eines Iraners geführt hat, der Verbindungen mit den Kämpfenden Kommunistischen Zellen gehabt haben soll.

Le Monde 27/02/1987

Die französischen Spezialisten der Ermittlung fangen erst eine Woche nach der Verhaftung der vier Führer von Action Directe an, die beachtlichen Auswirkungen zu übersehen die die Auswertung der zahlreichen Dokumente haben könnte. Die Konsequenzen könnten sogar definitiv sein, was die Beziehungen zur fürchterlichen westdeutschen Roten Armee Fraktion betrifft.

Die drei Beamten des BKA, die nach Paris gekommen sind um mit ihren entsprechenden Kollegen zu arbeiten haben schon eine ausführliche Ernte gehabt:

"Die Resultate werden wahrscheinlich nicht direkt sein. Aber sie werden kapital sein. Wir kennen nun einige Kontaktmodalitäten zwischen deutschen und französischen Terroristen. Man darf sie nicht aus Uebereifer zerstören."

Die westdeutschen Dienste, wenn sie auch die ersten Interessierten sind, es sind nicht die einzigen, denn Action Directe befindet sich im Zentrum des Spinnennetz vom Euroterrorismus. So kann es sein dass die Italiener ebenfalls nach Frankreich kommen könnten, die sich aber schon jetzt in einer permanenten Verbindung mit unseren Ermittler befinden.

Es wird ihnen bestimmt gelingen die Nachhut der Prima Linea zu zerstören, mit der Action Directe eine enge Verbindung bis 1982 hatte, wie die gefundenen Papiere es beweisen.

Durch die Ausforschung der schlafenden Netze des italienischen Terrorismus wird man zu den belgischen CCC gelangen...

Letzter Weg der zu erforschen bleibt: der zur japanischen Rote Armee führt, die sich in voller Reorganisation in den iranischen Trainingslagern befindet. Die Polizisten die nicht an Zufall glauben, haben die grosse Menge Yens bemerkt die sich im Besitz der vier von Action Directe befand.

France-Soir 28/02/87

Ist die Verhaftung der Führer von Action Directe, zwei Tage vor dem Beginn des Prozesses Abdallah, wirklich ein Zufall?

Es scheint dass andere französische Dienste Rouillan und Ménigon seit einiger Zeit ermittelt hatten. Sie fürchten heute dass die Zerschlagung der Führung von AD benützt werden könnte um das Verständnis einer schwachen Verurteilung besser durchzubringen, sogar um Georges Ibrahim Abdallah freizulassen.

Figaro Magazine 28/02/1987

Am Anfang der letzten Woche bringt ein "Denunziant" des Nachrichtendienstes ein kleines Amateurphoto. Auf dem Photo: Nathalie Ménigon und Jean-Marc Rouillan die Führer von Action Directe. Auf diese Information hatte man schon lange gewartet. Mit Hilfe des UCLAT (Koordinationsseinheit des antiterroristischen Kampfes) wurde jeder Weg der zu Action Directe führt, peinlichst genau untersucht.

Sie haben alle ehemaligen Militanten von Action Directe sowie jeden Sympathisanten, der in der Bewegung in Erscheinung trat, genaustens untersucht. Ihre Lebensbiographie wurde aufgestellt und genaustens untersucht. Alles was sie taten wurde beobachtet.

Am 19. Februar erhält der Nachrichtendienst einen sehr genauen Hinweis: das Paar befindet sich in einer isolierten Farm bei dem Dorf Vitry-aux-Loges. Am Dienstagmorgen durchwühlen die Analytiker des Nachrichtendienstes die Akten um Spuren von Militanten von AD zu finden die im Loiret gewohnt haben oder wohnen.

Seltsamer Zufall: vor sieben Jahren war ein historischer Gründer von AD, Serge Fassi, nur einige Kilometer von der Farm entfernt verhaftet worden. So fällt also die Entscheidung sich zum Platz zu begeben.

Die beschlagnahmte Dokumentation und die Mitteilungen von Rouillan erlauben es die Arbeitsweise der kleinen Gruppe zu verstehen. Nach den Aussagen ihres Führers beschatteten sie permanent ungefähr eine dutzend Leute. Sie stellten deshalb Videokameraen vor ihren Wohnsitze auf und holten die Kassetten alle zwei Stunden wieder ab.

Fast hundert Kassetten müssen noch von der Polizei angeschaut werden.

Die Ziele wurden genaustens gewählt. Und die Gruppe bestimmte jedes Jahr, wenn man es so sagen kann, ein "revolutionäres Kampagnethema."

1985-1986 hatten sie die Militärs ausgesucht: Audran und Blandin, und die Industrielle: Guy Brana und Georges Besse.

Die Kampagne 87 von AD sollte an sich anti-nuklear sein, nach der Mode der westdeutschen Rote Armee Fraktion.

Es war Georges Cipriani der die Verbindung mit den deutschen Terroristen aufrecht erhielt, da er beide Sprachen beherrschte.

Jean-Marc Rouillan schrieb sich die Namen der zukünftigen Zielscheiben zuerst in ein kleines alphabetisches Notizbuch. Das Notizbuch enthielt nur knappe Informationen die aus der Presse, Telefonbuch und spezialisierten Zeitschriften entnommen wurden.

Ungefähr hundert Personen wurden so ausgewählt. In einem zweiten Schritt Operationsakten errichtet die sorgfältig in einem grossen Heft klassiert wurden: Berichte über Beschattungen und die Gewohnheiten der Zielscheiben, ihr Stundenplan, die Parkplätze ihrer Autos usw.

In dieser erschreckenden Liste befand sich weder Richter noch Polizist.

"Sie sollten Teil der Kampagne 88 sein", so Rouillan.

Einige Politiker: der Staatssekretär für Konsum, Jean Arthuis und der Sicherheitsminister, Robert Pandraud, dessen Adresse seines zweiten Wohnsitzes aufgeschrieben war. Eine Nachricht die sehr gut geschützt ist.

Kabinettsmitglieder ehemaliger Minister der Linken, Kollaborateure von Jacques Chirac, von denen er den Direktor und den Kabinettschef ausgewählt

hatte. Und vor allem Militärs oder die mit der französischen Nuklearindustrie verbunden sind.

Nach ihren Notizen "arbeiteten" die Militanten von AD augenblicklich sehr genau an vier Personen:

Robert Hersant, Chef des Figaro und des fünften Fernsehen, Jacques Maisonrouge, ehemalige Nummer drei von IBM in den Vereinigten Staaten und zwei Industrielle.

Rouillan, so scheint es, hatte auf Jacques Maisonrouge verzichtet, da er von der Raid geschützt wurde, von denen der Terrorist einige Leute kennt.

Zwei Leute wurden wahrscheinlich durch die Verhaftung der Gruppe gerettet. Robert L., Direktor einer Waffengesellschaft die mit der Nato verbunden ist. Er sollte demnächst erschossen werden. Man hat Photos seines Hauses sowie das Anfangsprojekt eines Bekennerbriefes gefunden.

Die andere Person die gekidnappt werden sollte, ausgefragt und gegen Régis Schleicher ausgetauscht werden ist ein Ingenieur der CEA (Zentrale der Atomenergie), Michel R. der wichtige internationale Funktionen im Nuklear inne hat. AD folgte ihm bis zu seiner Haustür und seinem Arbeitsplatz.

Das einzige Kriterium um den Mördern zu entkommen:

Wenn wir feststellten dass eine Zielscheibe unaufhörlich seine Gewohnheiten änderte, hörten wir mit der Beschattung auf. Zu kompliziert."

Le Point 02/03/1987

Action Directe FR 07.03.87

Ergiebige Ermittlungen

Von Hans-Hagen Bremer (Paris)

Wie überall in öffentlichen Gebäuden in Frankreich wurde in diesen Tagen auch auf dem Gendarmerieposten von Chateauf-sur-Loire das Fahndungsplakat mit den Fotos von Nathalie Ménigon und Joelle Aubron, den mutmaßlichen Mörderinnen des Renault-Chefs George Besse, abgehängt und durch ein neues Plakat mit aktuellen Fotos der zwei und ihrer beiden Komplizen Jean-Marc Rouillan und Georges Cipriani ersetzt.

Seit der Verhaftung des vierköpfigen Führungskleeblatts der Terrororganisation "Action Directe" (AD) am 21. Februar auf einem einsamen Bauernhof bei Orléans wissen nun auch die Gendarmen des nächstgelegenen Polizeipostens in Chateauf, wie die vier meistgesuchten Terroristen Frankreichs aussehen, die dort drei Jahre lang vor ihrer Nase ein unverdächtiges Leben nach der Art von stadtmüden Aussteigern führten.

Neue Steckbriefe

Rouillan zum Beispiel, in dem nahen Dorf Vitry-aux-Loges als "Robert" bekannt, hat mittlerweile eine halbe Glatze und trägt einen Bart. Und die den Dorfbewohnern als "Nadine" bekannte Ménigon weist nur entfernte Ähnlichkeit mit dem dunkelhaarigen Twen auf den ausgedienten Steckbriefen auf.

Mit den Fahndungsaufrufen sucht die Polizei unter anderem nach Hinweisen auf die Verstecke von Joelle Aubron und Georges Cipriani. Beide waren am Abend des 21. Februar, für die auf der Lauer liegenden Fahnder der Spezialeinheit RAID völlig überraschend, zu Besuch auf den Bauernhof gekommen. In den Verneh-

mungen hat Cipriani bisher hartnäckig geschwiegen. Schlüssel, die bei beiden gefunden wurden, haben die Ermittler bislang nicht weitergeführt.

Wie Aubron schweigt auch Ménigon. Beide Frauen wurden jetzt vom Untersuchungsrichter nach einer Gegenüberstellung mit Zeugen offiziell des Mordes an Besse beschuldigt, Rouillan und Cipriani der Beihilfe zum Mord an dem Renault-Chef. Auf dem Bauernhof war dessen Aktentasche gefunden worden, außerdem mehrere Dokumente, die der Ermordete bei sich getragen hatte. Durch ballistische Untersuchungen hofft die Polizei auch, unter den acht auf dem Bauernhof sichergestellten Schusswaffen die für den Mord an Besse verwendete Waffe zu identifizieren.

Im Gegensatz zu seinen drei Kompagnons macht Rouillan, wie aus den Untersuchungen bekannt wurde, den Eindruck eines Mannes, den das jahrelange Leben im Untergrund ausgelaugt hat. Entsprechend ergiebig für die Ermittler scheinen daher seine Vernehmungen verlaufen zu sein.

Er erläuterte den Beamten zum Beispiel das umfangreiche Dokumentationsmaterial, das die Gruppe über ihre nächsten Opfer zusammengestellt hatte. Adressen, Lebenslauf, Lebensgewohnheiten wurden gesammelt, und vor allem Videoaufnahmen wurden gemacht. Rund hundert Kassetten mit Aufnahmen möglicher Opfer und ihrer Umgebung fand die Polizei.

Aus einer Liste mit rund 500 Namen wurden die eventuellen Opfer sozusagen nach Stichworten des revolutionären Kampfes zusammengestellt: So war 1985, als der General Audran ermordet wurde, das Jahr des "Kampfes gegen den Militarismus", 1986 mit dem versuchten Attentat auf den Arbeitgeberpräsidenten Guy Bana und dem Mord an Besse das Jahr des "Kampfes gegen den Kapitalismus".

Geplante Morde

Für dieses Jahr hatten die vier AD-Aktivistinnen ihre Tätigkeit unter das Motto des "Kampfes gegen das Atom" gestellt. Ein führender Ingenieur des Atomenergiekommissariats stand ganz oben auf ihrer Todesliste, außerdem der Chef einer damit verbundenen Rüstungsfirma.

Neben den inzwischen belegten Verbindungen zur deutschen RAF hatten die AD-Führer besonders enge Kontakte zur Terrorszene in Belgien. Die Miete für den Bauernhof wurde unter dem Decknamen "Eric Deroiel" von einem gewissen Eric Moreau bezahlt, der sich Ende der siebziger Jahre mit dem Raub der Pompidou-Puppe aus dem Wachfiguren-Kabinett des Grévin-Museums in Paris erstmals einen Namen gemacht hatte. Er gilt den Ermittlern als Verbindungsmann zu belgischen Terrorgruppen — aber auch zum Milieu des Drogenhandels. Daß die AD-Spitze sich wie gewöhnliche Kriminelle durch Banküberfälle — wie im März und Juni des vergangenen Jahres in Orléans und Angers — Geld beschaffte, hat die Ermittler weniger verwundert als die nach Rauschgift riechende Spur in die Unterwelt.



kommuniqué von zwei kommunistischen militantinnen die sich im frauengefängnis von fleury mérogis in haft befinden.

wir politisch kommunistische militantinnen die sich im frauengefängnis von fleury mérogis in der haft befinden werden in isolation gehalten. die behörden weigern sich uns die gründe für diese entscheidung zu geben und alle unsere anfragen nach gemeinsamen hofgang werden uns verweigert. wir fangen also mit einer informationskampagne an indem wir unterstreichen dass sich dies in den gemeinsamen kampf aller gefangenen für bessere haftbedingungen einschreibt: gegen die überbevölkerung, gegen die disziplinstrakte, für unsere ehre.

die hochsicherheitstrakte gibt es nicht mehr. aber in allen gefängnissen gibt es isolationsabteilungen wo auf anordnung der gefängnis-, justiz-, oder ministeriumsbehörden gefangene eingesperrt werden die "besonders zu bewachen sind", und praktisch automatisch alle politischen gefangenen. offiziell gibt es keine spezialbedingungen. an sich ist jeder politischer oder bewusster gefangener, vom ersten moment der haft an, besonderen massnahmen unterstellt:

unaufhörliche beobachtung, durchsuchungen und permanenter zellenwechsel. überwachung und zurechtweisung der gefangenen die verbindungen mit uns anknüpfen.

jenseits der verschiedenen situationen die im allgemeinen aus rein technischen gründen vorkommen, sind unsere haftbedingungen durch einen einzigen gleichen willen gekennzeichnet: uns zu isolieren.

die behörden benützen für dies alle ihnen möglichen mitteln: um uns von draussen zu isolieren, die kontrolle, die zensur und die beförderungszeit der post von einigen wochen. die jahrelange weigerung einer besuchserlaubnis an andere personen zu geben als eine oder zwei personen der familie und vor allem die weigerung der sprechzimmer an militante.

um uns zwischen politischen gefangenen zu isolieren gibt es kommunikationsverbote die durch den richter ausgesprochen wurden oder willkürliche verweigerungen von gemeinsamen hofgang die von der gefängnisdirektion vorgeschrieben werden.

um uns von allen gefangenen zu isolieren gibt es eine vollständige isolationsperiode nach der verhaftung, das aufrechterhalten der haft in isolationsabteilungen, der plötzliche abteilungswechsel die jede möglichkeit von ununterbrochenen verbindungen zerstört. sogar verlegungen. wie es momentan der fall für zwei spanischen militantinnen ist oder zahlreichen anderen gefangenen die zur abgeschiedenheit verurteilt werden.

all diese massnahmen haben ein doppeltes ziel:

uns schwächen um uns zur leugnung unserer identität zu bringen und jeden kontakt mit uns und was wir wirklich sind zu verhindern. die macht hat angst vor unseren gedanken bis ins innere ihrer gefängnisse.

im frauengefängnis von fleury mérogis ist die isolationsabteilung geographisch vom anderen teil des gefängnis geteilt und befindet sich unter dem disziplinstrakt, von wo man täglich gittergeräusche, beschleunigte schritte und schreie hört.

man muss sagen dass der disziplinstrakt vom frauengefängnis ein unwürdiger ort ist, der aus zellen besteht wo das essen unter gittern auf den flachen boden serviert wird. im allgemeinen ohne wasser und spülklosett. leer. wo man praktisch nichts besitzt.

einige leute verbringen dort wochen und sogar monate. die isolationsabteilung besteht aus 14 zellen. ein betonierter hof für gemeinsamen hofgang und spaziergänge die für vollständig isolierte gefangene vorgesehen sind. die fenster besitzen ein doppeltes gitter die die sicht behindert.

ein vollständiger sicherheitstheater wird dort organisiert. jeder ausgang für den hofgang, für das sprechzimmer macht sich einer nach dem anderen in leeren gängen.

die gefangenen die sich in isolation befinden sind von jeder aktivität ausgeschlossen. hof. kollektives leben.

aber: jenseits der bedingungen, ist es das prinzip der isolation selber, das man verwerfen muss: die möglichkeit die die herrschaft besitzt um gefangene voneinander zu trennen.

man muss die vollständige abschaffung der isolationsabteilungen erhalten. zu der isolation muss man in unserem fall, eine strengere anwendung des reglements hinzufügen was bis zu wahren provokationen geht die dann von auf-enhalten in den disziplinstrakten gefolgt sind. und die gewalttätige unter-drückung jedes widerstands gegenüber unannehmbaren realitäten. diese haltung der bourgeoisie ist hysterisch, sie ist auch heuchlerisch: wir sind wegen zugehörigkeit in einer kriminellen vereinigung sowohl aus einer juristischen sich wie aus dem standpunkt des gefängnisses angeklagt. die behörden leugnen die offensichtlichkeit dass unsere isolation nur durch unsere ideen kommt.

denn sie können nicht zugeben dass politische gegner in ihren gefängnissen gefangen gehalten werden.

aber diese haltung ist vorallem ein teil einer allgemeinen sozialen und ökonomischen politik des kapitalistischen systems.

gegen die armut, den hunger, die steigende arbeitslosigkeit, gegenüber dem kampf der arbeiter, der jugendlichen kann die bourgeoisie nur versuchen seine brutalen gesetze gegen die jugendlichen, die ausländer und die arbeiter durchzuführen.

die jugendlichen, die durch die vision einer düsteren zukunft hoffnungslos sind und die sich in die drogen flüchten, bietet sie neue gefängnisse, sekten oder gezwungene therapien an.

den ausländern die das land aufgebaut haben einfache charterflüge und ketten an die füsse, tote in der strasse und brände nach der karte.

an die tausenden arbeitslosen die barmherzigkeit der restaurants des herzens, unterschlüpfe unter den autobahn-verteilern und kleine - ganz kleine-arbeiten.

den arbeitern massenentlassungen, ein gehalt nach verdienst, verträge, arbeits-, und zeitbedingungen nach den wünschen der bosse.

den reichsten bietet die macht die steueramnestie, die abschaffung der steuer auf die grossen vermögen, die finanzierungsspiele der börse und privatisationen an.

den ärmsten die angriffe gegen den sozialen wohnbau und die renten bis zu der zynischsten massnahme die die kranken betrifft die normalerweise zu 100% entgeltet werden.

für jeden und überall auf der welt, die ausbeutung und den krieg, denn die in frankreich ausgeführte politik schreibt sich in eine weltweite praxis des kapitalismus ein. der kapitalismus in frankreich ist daran beteiligt, von den waffenverkäufen bis hin zu den direkten interventionen.

auf einem europäischen stand oder innerhalb der nordatlantikkwelt, er ist in jedem konflikt der welt verwickelt, er nimmt geiseln und hat anteilnahme an den massakern der völker des irans, des iraks, von palästina und des tschads. das ist wovon die macht angst hat: dass sich die bewusstseinszunahme gegen-über seinen wahrheiten verbreitet, und so der kampf.

deshalb zeigen wir uns, kommunistische militanten, solidarisch mit allen jugendlichen und arbeiter die sich im kampf befinden, mit allen revolutionären militanten die gefangen sind, der gefangenen die sich im kampf befinden und vor allem der iranischen, palästinensischen und heute marokkanischen militanten.

wir gedenken den 53 iranischen militanten die kürzlich wegen eines hungerstreiks erschossen wurden.

wir eröffnen die informationskampagne mit einem hungerstreik vom 10. bis zum 31. januar und fordern die unverzügliche aufhebung aller isolationsmassnahmen.

wir fordern würdige haftbedingungen für alle und wir denken an unsere genossen im frauengefängnis und an alle gefangene die die herrschaft zwingt in überbevölkerten zellen zu leben.

wir erklären uns beide solidarisch und behaupten dass wir keine massnahme annehmen werden die darauf abzielt uns voneinander zu trennen. für den kommunismus.

frauengefängnis von fleury mérogis
den 10. januar 1987

DOMINIQUE POIRÉE
AZITA MONACHIPOUR

Presse-spiegel

Am zweiten Prozesstag des vermuteten Führers der FARL, steht die Rolle der Geheimdienste in Frage. Informationen wurden anscheinend geheimgehalten. Welches Spiel spielte die DST mit Georges Ibrahim Abdallah? Diese Frage wird heute im Gerichtshof von Paris dem Kommissar gestellt werden, der den Synthesebericht dieses Dienstes geschrieben hat, der an die Justiz weitergeleitet wurde.

Man möchte zum Beispiel gerne wissen, warum die DST bis Anfang 85 und bis zur Verhaftung Abdallahs gewartet hat um der Kriminalitätsabteilung Informationen zuzuleiten die sie über den Führer der FARL seit April 1982 besass. Denn die Ermittler der Kriminalitätsabteilung haben nach dem dritten Attentat der FARL gegen Barsimantov umhergeirrt.

Die DST hatte vom Mossad damals erfahren dass Abdallah der Gruppenverantwortliche war.

Libération 25/02/1987

Die Abteilung Kriminalität verfügte über den Bekennerbrief der FARL, der durch die Dienste der kommunistischen Dokumentation (DOCOM) gedruckt wurde, die wegen ihren Verbindungen mit Action Directe bekannt war. So hat man einmal in verschiedenen Druckerzien Untersuchungen geführt, von der sich eine in Grenoble und die andere in Belgien befand.

So kam es dass die DST wieder einmal einige Jahre später ihre Beihilfe dazu steuerte. Sie besass die Nachricht einer "sehr genauen Quelle", aus der herausging dass einige Gespräche in Grenoble im Haus einer Sympathisantin, Martine Toulotte, zwischen Mohand Hamani, Mitglied von Action Directe und Georges Ibrahim Abdallah geführt wurden. Hamani wurde später verhaftet und Martine Toulotte hat eine Kampagne für seine Freilassung geführt.

Am 3. April 1982 soll sie am selben Abend der Ermordung von Yacov Barsimantov den Text des Bekennerbriefes der FARL, den sie von Georges Ibrahim Abdallah erhalten hatte, an Hamani übergeben haben.

Le Monde 26/02/1987

Kiejman greift zum Gegenangriff.

Die überraschenden Erklärungen des stellvertretenden Direktors der DST, Raymond Nart, der seltsamerweise die Bedeutung Abdallahs heruntergespielt hat, wie wenn die Drohung eines sehr präzisen Ultimatums die französischen Behörden dazu veranlassen würden.

Kiejman, Anwalt der amerikanischen Regierung die als Nebenkläger tagt, hat gestern mit einer unerwarteten Wendung mit dem Gegenangriff begonnen die zur Anklage Abdallahs in einer anderen Sache führen könnte.

Ein Schriftexperte erklärte vor dem Zeugenstand dass Abdallah der Autor von handgeschriebenen Notizen ist, die sich auf verschiedenen Dokumenten befinden die beschlagnahmt wurden. Sowie auf Stadtplänen von Strassburg wo am 26. März 1984 der versuchte Anschlag gegen den Hauptkonsul der Vereinigten Staaten, Robert Homme stattfand.

Genau an diesem Moment zog Kiejman ein neues Dokument hervor, der den Verteidigungsanwalt Vergès vor Wut erbleichen liess. Es handelte sich um die Photokopie eines handgeschriebenen Briefes in französisch der sich zum versuchten Mord an Christian Chapman bekannte.

"Ich will die Begutachtung der Schrift dieses Bekennerbriefes, der nur drei Tage nach dem Attentat an die Agentur Reuter in Beirut abgeschickt wurde, und der bis jetzt der Untersuchung entgangen war."

"Ich bin absolut dagegen," donnerte Vergès los, ihr bringt bestimmt nur ein Dokument hervor, das von der CIA geliefert wurde..."

Kiejman: "Ich wünsche dass das Dokument der Debatte beigelegt wird und dass es vom Experten mit den zahlreichen anderen Dokumenten verglichen wird, die er schon untersucht hat. Sonst", so drohte der Anwalt, "wird sich die amerikanische Regierung auch als Nebenkläger in der Sache Chapman stellen, dessen Verfahrensuntersuchung augenblicklich abläuft."

Le Figaro 26/02/1987

Überraschung gestern im Prozess von Georges Ibrahim Abdallah: der stellvertretende Direktor der DST (französischer Geheimdienst) vermindert die Verantwortung des Angeklagten erheblich. Heftige Reaktion der Nebenanklage. Der Ton wechselt heftig als der stellvertretende Direktor nach einer persönlichen Wertung über die Bedeutung von Ibrahim Abdallah als Terrorist und

A. A PARTICIPE AU MEURTRE DE L'AMBASSADEUR DES USA A BEVROUTH-FRANCIS MALOY EN ETE 1976. *N. 1 927*

B. A PARTICIPE DERNIEREMENT A LA TENTATIVE DE MEURTRE, SUR LA PERSONNE DE L'AMBASSADEUR DES USA A PARIS (ON NE SAIT S'IL S'AGIT DU MEURTRE DE L'ATTACHE MILITAIRE-ADJOINT, OU BIEN DE LA TENTATIVE D'ASSASSINAT CONTRE LE CHARGE D'AFFAIRES DES USA).

C. FAMILLE

A) FRERE JOSEPH IBRAHIM ABDALLA TRAVAILLE POUR LE JOURNAL DU FRONT AL-MADAF. IL EST DIPLOME DU DEUXIEME CYCLE EN SOCIOLOGIE ET PREPARE SA THESE DE DOCTORAT. IL ETAIT RESPONSABLE DU PARTI NATIONAL A HAMMANA LORS DES EVENEMENTS (ON NE DISPOSE PAS DE DETAILS).

REMARQUE : IL FIGURE DANS NOS DOSSIERS COMME MEMBRE DU PARTI NATIONAL SYRIEN ET COMME MEMBRE DU DEPARTEMENT DE LA SECURITE DU FRONT MADACHE.

D'APRES DES RENSEIGNEMENTS DATANT D'AVRIL 83, IL SE PEUT QUE CARLOS AIT UTILISE SES SERVICES POUR EXECUTER LES ATTENTATS MORS DU M.O.

B) FRERE EMILE IBRAHIM ABDALLA EST EN STAGE EN BULGARIE, AU COMPTE DES COMMUNISTES. A DES PENCHANTS A LA VIOLENCE ET AU TERRORISME. (ON NE DISPOSE PAS DE DETAILS SUPPLEMENTAIRES).

C. FRERE SALEM IBRAHIM ABDALLA VIT EN FRANCE SANS...



MINISTÈRE DE L'INTERIEUR
LA DÉCENTRALISATION
DIRECTION GÉNÉRALE
LA POLICE NATIONALE
DIRECTION DE LA
SÉCURITÉ DU TERRITOIRE

REPUBLIQUE FRANÇAISE
LIBERTÉ - ÉGALITÉ - FRATERNITÉ

PARIS LE 3 AVRIL 1985

- NOTE -

À l'attention de
Monsieur le MINISTRE de l'INTERIEUR
ET DE LA DÉCENTRALISATION

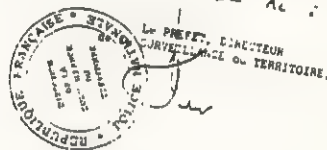
OBJET : Résultat de la perquisition opérée rue Lacroix.

- 2 pistolets mitrailleurs Scorpion,
- 2 pistolets automatiques 7,65 toqués,
- 2,5 de ventes
- 10 kilos de solite,
- 1 kilo de pernite,
- 1 montre bracelet trafiqué,
- des silencieux,
- des circuits électroniques,
- des cartouches,
- des détecteurs-récepteurs.

Ces objets ont été vraisemblablement transférés à partir du local de la rue d'Hauteville où habitait Féral DAHER, membre des F.A.R.L. et ami d'ABDALLAH.

Il conviendrait de ne pas imputer cette découverte "au crédit" de Georges ABDALLAH.

Ce matériel a été saisi le 3 avril 1985



den Wert seines Netzes im Vergleich mit anderen geheimen Bewegungen gefragt wird. Für den Polizisten ist dieses Netz nur eines von vielen und ist nicht sehr bedeutungsvoll. "Die FARL," sagt er, "sind ein Nebenprodukt eines Nebenproduktes der palästinensischen Volksfront von Georges Habach. Dissidenten von Dissidenten." "Ibrahim Abdallah ist ein kleiner Chef. Ein Kommandochef, übrigens ein schlechter Chef, da er sich fangen liess. Aber über den wahren Verantwortlichen der FARL habe ich meine Idee. Auf jeden Fall, er ist es nicht." Le Figaro 26/02/1987

Am 3. April 1982 wird Yacov Barsimentov durch Jacqueline Esber mittels zwei Kopfschüsse getötet. Die FARL zielen auf den Kopf. Wie Carlos es in dem einzigen von ihm bekannten Interview empfiehlt. ("Al Watan al Arabi" - Dezember 1979)

Vier Tage später erhält der DST einen Bericht der Israeliten. Abdallah ist identifiziert. Man ist auf die Spur der FARL gekommen. Der Mossad hat keine Zeit verloren. Man tötet nicht unbestraft einen israelischen Botschafter, der nicht irgendetwas ist.

Sein Name ist heute in Tel-Aviv im Stein der Krypta eingraviert, wo die Namen

der Mossadagenten eingraviert sind, die im Dienst gefallen sind.

Erhält Abdallah neue Mittel? Bestimmt.

Diesmal erhalten die am meisten ausgesetzten Terroristen auf Seite 6 ihres falschen marokkanischen Ausweises, einen seltsamen veralteten Stempel. Eine Art Sesamvisa, die es ihnen im Notfall erlaubt in Rückziehungslager zu flüchten, in Nordafrika, im Nahen Osten oder anderswo.

Das heisst dass sie in der terroristischen "Aristokratie" Eintritt gefunden haben. Dieser seltsame Siegel war schon in falschen Ausweisen der Kommando-Mitglieder gefunden worden, die den italienischen Passagierdampfer "Achille Lauro" entführt hatten, sowie beim Mörder (der Gruppe Abu Nidal) des palästinensischen Führers Issam Sartau, der in Portugal erschossen wurde.

L'Express 27/02/1987

Ein politischer Umschwung?

Auf den ersten Blick ist es nicht zu verstehen. Die DST scheint ihre eigene Arbeit während einer Gerichtsverhandlung zu leugnen. Sie hatte Abdallah lange bis zu seiner Verhaftung gejagt und erläuterte stolz seine Gefangenschaft. Heute spielt sie die Bescheidene.

Sie, die häufig Abdallahs Bedeutung während Unterhaltungen mit ihren entsprechenden Gesprächspartner testen konnte, insbesondere die Algerier und Syrier, versichert nun dass er nur ein "kleiner Chef" war, ein "Stützungs-offizier", kurz ein Zweimesser.

Dieser wahre Umschwung des Prozesses, der durch die Erklärungen von Raymond Nart bewirkt wurde, der stellvertretender Direktor der französischen Gegen-spionage ist, braucht einige Klärungen.

Auf den ersten Blick widersprechen die Strassensperrungen, die Kontrollen und Durchsuchungen, die ungewöhnliche polizeiliche Mobilmachung für diesen Prozess - die Erklärungen der DST. Aber dieser Umschwung hat Erklärungen die mehr oder weniger politisch sind. Nart improvisiert nicht.

Er scheint eine Wahl zu befolgen die ihn übertrifft, die aber in diesem Falle die seines Ministers und die der Regierung ist:

die Bedeutung Abdallahs verharmlosen.

Wie könnte man nicht in diesem Umschwung das Indiz eines politischen Willens sehen sich vom lästigen Abdallah zu befreien und dies im Austausch mit einer "nicht-wiederaufnahme" der Attentate und die sogar zur Freilassung eines französischen Geisels, Jean-Louis Normandin, letztes Mitglied der Antenne 2 Mannschaft der sich im Libanon noch in Gefangenschaft befindet - führen könnte?

Le Monde 27/02/1987

Was kann Frankreich tun?

Was kann die Justiz gegen den Terrorismus tun?

Wie jede Demokratie hat Frankreich nur zwei Mittel: die Waffen und das Recht. Das Recht ist sehr schwach...

France-Soir 28/02/1987

Die Provokationen gegen Martine Toulotte gehen weiter.

"Alles geht von dieser Frau aus", behauptet der Kommentator des Berichts der Bilder von Martine Toulotte zeigt, die ohne ihr Wissen gefilmt wurde und die zwischen Attentatsbilder geschoben werden.

"Es ist mehr als Assimilation. Man erweckt den Eindruck dass ich das ganze manipulierte", protestiert Martine Toulotte in einem Interview.

Le Bolchévik März 87

Georges Ibrahim Abdallah zu lebenslanger Haft verurteilt.

Dieses Urteil widersetzt sich den Anforderungen des Oberstaatsanwalts der das Gerichtshof "beschwört" hatte ein Urteil festzusetzen das nicht höher als zehn Jahre sei. Jede scharfe Verurteilung würde Frankreich in eine Geisel verwandeln.

Der Friede zu einem solchen Preis hätte sich als Illusion offenbaren können. Welche Glaubwürdigkeit hätten die kategorischen Behauptungen von Härte gehabt, wenn Georges Ibrahim Abdallah schnell freigelassen würde?

Das Ergebnis wäre gewesen dass Terroristen draussen noch weniger gefährlicher wären als in den Gefängnissen eines demokratischen Staates. Und dass der

polizeiliche Eifer um sie zu verhaften peinlicher als versichernd wäre in der Hinsicht wo die Justiz nachlassend oder unmöglich ist. Welcher Drohung wären die Terroristen dann ausgesetzt, in Frankreich zu wirken, wo doch die Kidnapper von Peyrolles voller Zynismus sagten "dort ist es am einfachsten"?

Le Monde 01/03/1987

LE DOCUMENT PRODUIT
PAR M^r KIEJMAN: RE-
VENDICATION PAR LES
FARL DE L'ATTENTAT
CONTRE C. CHAPMAN À
PARIS, LE 12 NOV. 1981

Hilarion Capucci, der mehrmals als Vermittler mit Ibrahim Abdallah gedient hat, hat erneut den Antrag gestellt nach Frankreich zu kommen. Die Regierung hat ihm den Visa verweigert.

Le Point 02/03/1987

Nach der Urteilsbekündung hat Vergès auf der Verteidigungsbank einige Mühe sich zu beruhigen: "Dieses Urteil ist eine Kriegserklärung. Ich bin nicht überrascht oder nicht so sehr. Die französische Justiz hat seine Verantwortung genommen. Jetzt muss sie dafür aufkommen."

Später bestätigt Vergès seine ersten Behauptungen und fügt hinzu dass Abdallah das Urteil lachend aufgenommen hat. Ein für ihn unerwartetes Ereignis in seinem Kampf. Wie es die Strafen waren die während dem Algerienkrieg gegen FLN-Militanten verteilt wurden:

"Einige wurden zum Tod verurteilt und fünf Jahre später wieder auf freien Fuss gelassen."

Libération 02/03/1987

Wenn man meine Meinung gefragt hätte, anstatt irgendetwas zu tun, so hätte ich ein Urteil von fünf Jahren vorgeschlagen, das sich mit jedem neuen Attentat der FARL um ein Jahr verlängert hätte.

(Text einer Karrikatur: "Frankreich" spricht mit Chirac.)

Le Figaro 02/03/1987

Der erste Anwalt von Abdallah war ein Agent des französischen Geheimdienstes!

Mazurier wurde sein Anwalt nach seiner Verhaftung in Lyon im Oktober 84.

Mazurier war auch Anwalt von Pierre Carette, Anführer der CCC in Belgien und von Frédéric Oriach, der zu diesem Zeitpunkt mit verschiedenen extrem-linken Militanten wie Jean-Marc Rouillan Verbindungen hatte.

Neue unerhoffte Wendung in der Sache Abdallah, die das wirklich nicht gebrau-

Fraction Armée Révolutionnaire Libanaise
Groupe SALAH MISRI
nous revendiquons la responsabilité de l'acte
vendu matin à Paris contre le représentant
l'impérialisme américain.
C'est notre premier message adressé à Regis
sa direction impérialiste qui en l'absence
d'instruction systématique de Liban et
déclarer ses derniers messages aux
contre les mouvements de libération
tenant compte de son plan agressif au 8
au monde Arabie nous sommes prêts
à attaquer les institutions politiques
et tant que la légitime défense
la victoire ou la vie
nous vainquerons
F. A. R. L.

cht hatte. Sie ist mit einer sonderbaren Unschicklichkeit verbunden: ein Anwalt, Agent der berühmten DSGE, spionierte sein Kunde für die Dienste des Geheimdienstes aus.

Es ist übrigens Mazurier selber der angesichts der blutigen Attentate vom letzten September geschätzt hat, dass dies seine Mission als Geheimdienstagenten sanktioniert hat.

Le Soir 04/03/1987

Geheimagent 008 beriet Abdallah

Früherer Anwalt des Terroristen bekennt sich in einem Buch zur Doppelrolle

Von unserem Korrespondenten Emil Bölte

Paris. Bis heute abend wird der Anwalt des am vergangenen Wochenende in Paris zu lebenslanglichem Freiheitsentzug verurteilten libanesischen Terroristen Abdallah, Jacques Verges, eine mit Spannung erwartete Entscheidung treffen. Denn um Mitternacht läuft die Einspruchsfrist gegen das Urteil ab.

Obwohl ursprünglich von seinem Mandanten beauftragt, nichts mehr zu unternehmen, hält Verges nach Bekanntwerden eines „Justizskandals“ die Annullierung der allgemein als mutig gefeierten Verurteilung des FARL-Chefs für die Komplizenschaft bei der Ermordung zweier Diplomaten für möglich.

Ausgelöst worden ist diese Überlegung durch das Bekanntwerden eines Buches, in dem Abdallahs erster Rechtsanwalt, Jean-Paul Mazurier, bekennt, als Geheimagent mit der Kodebezeichnung „008“ für die Spionagedienste DST (innen) und DGSE (außen) gearbeitet zu haben.

25 Seiten gestrichen

Für Informationen unter anderem über Georges Ibrahim Abdallah soll der Anwalt, dessen Kollegen in Paris eilig eine Untersuchung ob der Tauglichkeit des 32jährigen für den juristischen Beruf eingeleitet haben, monatlich 8 000 Franc bezogen haben.

Das Buch trägt den Titel: „Schwarzer Agent – Ein Maulwurf in der Affäre Abdallah“. Geschrieben hat es der Journalist Laurent Gally von der Linkszeitung „Liberation“ mit Mazuriers Einverständnis. Der Verlag Robert Lafont wartete das Prozeßende ab. Er wollte den „Knüller“ in dieser Woche auf den Markt bringen.

General Anzeiger 05-03-1987

Eine Verzögerung tritt jedoch ein, weil 25 Seiten auf Anweisung von Innenminister Pasqua und Verteidigungsminister Giraud gestrichen werden müssen. Begründung für die Zensur: Auf den Seiten fänden sich Namen von Agenten, die gefährdet, und von Verdächtigen im Umfeld des Terrorismus, die bei einer Veröffentlichung gewarnt würden.

Positiv reagiert

Jean-Paul Mazurier ist seit Bekanntwerden seiner Doppelrolle verschwunden. Bernard Pivot, der freitags eine populäre Sendung des zweiten französischen Fernsehkanals mit einer wechselnden Runde neuer Buchautoren leitet, bereitet für morgen einen Coup vor. Bei ihm soll neben dem Verfasser Gally auch der „Agent 008“ aufkreuzen.

Soweit schon jetzt bekannt ist, reagierte der Rechtsanwalt Mazurier auf die vorsichtige Kontaktaufnahme der Geheimdienste vor Jahren „positiv“, weil er Gewissensbisse bekommen hatte. Als Spezialist für die Verteidigung ultralinken Gewalttäter war ihm aufgegangen, daß seine Mandanten den Bürgerfrieden in Frankreich und den Nachbarländern störten. Wie es heißt, habe er in der Folgezeit mehrere Anschläge in Paris und Rom vereitelt.

Zur selben Zeit pflegte er mit dem seit Oktober 1984 einsitzenden Abdallah, den er gemeinsam mit Anwalt Robert Boyer beriet, ein „freundschaftliches Vertrauensverhältnis“. Das dauerte bis zum ersten Prozeß in Lyon, in dem der Libanese „milde vier Jahren Gefängnis“ bekam.

Die Pariser Anwaltsvereinigung reagierte auf Zeitungsberichte verwirrt und erzürnt. Einer ihrer Vertreter, Maître Pascal Bernard, sagte: „Wenn die Enthüllungen falsch sind, muß Mazurier sich verteidigen. Stimmen sie, ist er die längste Zeit Anwalt gewesen. So etwas hat es in Frankreich noch nie gegeben.“

Verges, der die Verteidigung Abdallahs nach dem Ausscheiden von Mazurier übernommen hatte, sprach von der Notwendigkeit, das Verfahren für nichtig zu erklären. Dagegen zeigte sich der Anwalt der US-Botschaft und der Opfer der „Revolutionären Libanesischen Armeeformation“, Kiejman, nicht beeindruckt. Als Nebenkklärer sei er über „diesen Bluff“ nicht beunruhigt. Mit dem Prozeß in Paris und dessen Vorbereitung habe Mazurier überhaupt nichts mehr zu tun gehabt.

Gegen Begnadigung

Juristische Experten in der französischen Hauptstadt erläuterten gestern, falls Verges „alle Muskeln spielen“ lasse, würde es zu einer „komplizierten, langwierigen Prozedur“ kommen. Es sei unwahrscheinlich, jedoch nicht ausgeschlossen, daß man „ganz von vorn“ anfangen müsse.

In der Bevölkerung, die sich gerade in einer Umfrage zu 78 Prozent mit dem Urteil einverstanden erklärt und sich mit 86 Prozent trotz neuer Attentatsdrohungen gegen eine Begnadigung Abdallahs ausgesprochen hatte, stößt die neuerliche Wende in der abwechslungsreichen „Abdallah-Story“ auf ein hilfloses Schulterzucken.

**SOFORTIGE FREILASSUNG VON
GEORGE IBRAHIM ABDALLAH (FARL)
ANIS NAKKACHE
VAROUJAN GARABEDIAN (ASALA)**

Die Welt 11-03-1987

Revision im Fall Abdallah?

Doppelspiel seines Verteidigers beschäftigt Frankreichs Justiz

PETER RUGE, Paris

Knapp drei Tage nach dem überraschend harten Urteil gegen den libanesischen Terroristen Georges Ibrahim Abdallah haben die französischen Minister des Inneren und der Verteidigung eine Pressezensur im nationalen Interesse veranlaßt. Aus einem Buch mit dem Titel „Der schwarze Agent, ein Maulwurf in der Affäre Abdallah“, das der Verlag Robert Laffont unmittelbar nach dem Prozeß auf den Markt brachte, wurden 25 Seiten entfernt. In dem Buch legt der Verteidiger des libanesischen Terroristen, Jean-Paul Mazurier, open, er sei gleichzeitig ein Agent des französischen Geheimdienstes gewesen.

Dem Prozeß vor dem Pariser-Sondergericht, das Abdallah zu lebenslange Haft veroordeelt, droht jetzt die Revision – wie auch dem Gerichtsverfahren von Lyon, in dem der vermeintliche Führer der „Fraktion der revolutionären libanesischen Armee“ im Juli 1986 zu vier Jahren Gefängnis veroordeelt worden was. Zumindest hat Maître Jacques Vergès, der huidige Anwalt, an den französischen Justizminister diese Forderung gestelt.

An der Seine beschäftigt der Vertrauensbruch des Verteidigers Mazurier nicht nur die Gemütern der Justiz. Die Frage stellt sich, wer hier wen manipuleerde. Mindestdens zwei Jahre fungierte Mazurier in seiner Doppelrolle. Der Anwalt beforderte „Messagen“ seines Mandanten Abdallah an andere Mitglieder der Terrororganisatie – er reisde öfters in den Vorderen Orient, aber auch häufig nach België en Italië – en erhielt dafür Sonderhonorare der Araber. In dieser Zeit wurde er auch vom französischen DGSE „angeworben“ und nun

obendrein auch noch von der Fünften Republik bezahlt. Sein Motiv ist angeblich „Dienst am Patriotismus“, die französische Presse nennt andere Gründe, die sich die französische Abwehr wohl zunutze machte: Alkoholorgien und Drogenabhängigkeit des 33-jährigen Pariser Advokaten.

Der Maulwurf im Netz der arabischen Untergrundorganisatie, der den Decknamen „Simon“ erhielt, rutschte „onverdächtig“ in die linke Szene. Als blutjunger Anwalt was er mit der Ehescheidung von Frédéric Oriach, einem französischen Sympathisanten der Action Directe, befaßt. Diese Verbindung führte später zu Abdallah. Als dessen „Freunde“ in Triest aufgegriffen wurden, erhielt der Anwalt Mazurier vom libanesischen Untergrundführer in Paris sein erstes Mandat zur Verteidigung von Arabern übertragen: Josephine Abdo und Mohamed El-Mansouri. Die „Kameraden“ Abdallahs wurden wegen Einfuhr von Explosivstoffen in Triest en Rom veroordeelt.

Paris rätselt, was für einen Explosivstoff die aus dem Buch herausgetrennten Passagen enthalten. Nach Informationen des „Express“ gehe es um zwei Annexen. In dem einen „geste“ der frühere Chef des mit dem deutschen Verfassungsschutz vergleichbaren DST, Yves Bonnet, daß ein Austausch von Georges Ibrahim Abdallah gegen den im Nahen Osten als Geisel genommenen Gilles Peyrolles, dem ehemaligen Leiter des französischen Kulturcentrums in Tripolis, vorgesehen was – was bis heute von officiëleer französischer Seite abgestritten wird. Ein zweiter Anhang weise die Namen van etwa 80 weiteren Sympathisanten der Abdallah-Organisatie in Frankreich auf.

programma dat de boekverkoop zeer stimuleert. Een hyperneuveuze, meer op een jongen lijkende man van 33, met een wonderlijk en in feite triest verhaal, die, zo blijkt uit het boek, ook nog verliefd is geworden op de vrouwelijke terroriste Josephine Abdo. In 1982 had Abdallah hem gevraagd de verdediging te voeren van een lid van Action Directe, Mohand Mahami. Een aanwijzing te meer van banden tussen AD en de Farl, de terroristengroep van Abdallah.

Abdallah gaf hem dat jaar ook een pamflet met de tekst voor het opeisen van de verantwoordelijkheid voor een aanslag. Welke aanslag mocht Mazurier invullen, de ruimte daarvoor in de tekst was opengelaten. Een paar weken later kwam die aanslag, een autobom in de Avenue de la Bordonnais, twee agenten gedood.

Begin 1984 werd Mazurier Abdallahs advocaat en ook boodschapper, want de advocaat nam allerlei boodschappen voor andere terroristen mee en reisde zelfs naar Italië, Damascus en Joegoslavië. Mazurier meldde zich kort nadat hij de verdediging op zich genomen had bij het ministerie van binnenlandse zaken. De eerste stap naar zijn dienstverband in de buitenlandse veiligheidsdienst DGSE deed hijzelf.

Vrijdagavond zei hij: „Ik ben niet alleen advocaat, ik ben ook een burger. Behalve de plichten van mijn toga, zijn er ook de plichten van het geweten.“ Mazurier wilde nieuwe aanslagen voorkomen en begon daarom aan zijn dubbelleven. Dat dubbele leven werd echter ondragelijk en hij besloot zijn publieke bekentenis te doen. „Ik wilde een soort plebisiet, om aan de mensen te vragen: ‘Wat zou u in mijn plaats hebben gedaan?’“

Mazurier heeft nu zijn dubbele leven afgeworpen, maar de vraag is wat de rest van zijn leven waard is. De Orde van advocaten is een intern onderzoek gestart, maar zonder het resultaat daarvan af te wachten heeft Mazurier gisteren laten weten dat hij zijn beroep opgeeft. Sinds zaterdag is hij ondergedoken. Na al zijn publieke optredens is Mazurier als infiltrant voor een geheime dienst ook niet erg bruikbaar meer en hij moet zelfs voor zijn veiligheid vrezen, want terroristen hebben een goed geheugen: infiltranten worden vaak zelfs nog jaren later geliquideerd.

Frankrijk zit ten slotte met twee interessante discussies: het geweten versus de beroepsethiek en vooral: moeten de processen tegen Abdallah opnieuw gevoerd worden?

Nieuwe rechtszaak tegen Abdallah steeds waarschijnlijker. NRC 10-03-87

PARIJS, 10 maart — De advocaat van de terrorist Georges Ibrahim Abdallah heeft de Franse regering uitgenodigd in beroep te gaan tegen het vonnis van levenslange gevangenisstraf tegen zijn cliënt. Maître Jacques Vergès deed het verzoek „in het belang van de wet“ in een brief dit week-einde aan de minister van justitie.

De bizarre en schokkende affaire kwam aan het licht door de publicatie vorige week van het boek L'Agent noir, waarin Mazurier zijn dubbelrol opbiecht. Inmiddels zijn 15.000 gedrukte exemplaren vernietigd, omdat de Franse regering bezwaar voor de rechter had gemaakt tegen twee annexen bij het boek. Het nieuwe boek ligt in hoge stapels in de boekhandel met een paar maagdelijke bladzijden achterin.

Mazurier verscheen vrijdag behalve in het nieuwsjournaal ook 's avonds met de auteur van het boek, Laurent Gally, in Apostrophes, het veelbekeken literaire

Presse-spiegel

"Ich will gerne an den Symbolwert eines solchen Urteils glauben, erklärt jemand der enge Kontakte mit der Regierung besitzt. Aber wenn man glaubt dass man dem Terrorismus so loswerde, dann macht man sich Illusionen. Wir waren alle krank durch das Syndrom Abdallah. Man hat also aus ihm ein Märtyrer gemacht. Wenn sein Fall so kompliziert wurde, dann ist es zuerst weil es in solchen Sachen immer falsch ist, Gefangene zu machen - danach weil die vorherige Regierung sich zu Versprechen verpflichtet hatte, die sie nicht gehalten hatte.

Heute, um das schlimmste nach dem Urteil zu verhindern, müssen unsere Spezialisten wieder mit allem anfangen, dass sie eine neue Sprache mit ihren Kontakten schmiedet, in Syrien oder anderswo.

Um zu versuchen einen Befehl zu verhindern der darauf abzielt in Frankreich aktiv zu werden. Denn die Infrastrukturen bestehen schon."

Die DST hatte nämlich am Donnerstag mitgeteilt dass sie sechzehn Kilo Sprengstoff, zwei Maschinenpistolen und eine Pistole in einem Keller, rue de l'Assomption, in Paris gefunden hatte.

Sieben Personen waren kurz nach dieser Aktion verhaftet worden, die in den nahen Umkreisen des Nahost-Terrorismus in Frankreich ablief.

Nach verschiedenen Quellen soll der wahre Chef der FARL, in der Tat, ein gewisser Ibrahim Ahmed el-Lakiss sein, der aus Chtaura (Norden Libanons) stammen soll, die ein Sammelplatz für den syrischen Geheimdienst in diesem Land ist.

El-Lakiss soll der Vermittler sein, der während den Verhandlungen die den Gefangenen betreffen, von Abdallahs Freunden ausgesucht worden sein.

Er hat zahlreiche Kontakte in Frankreich, aber seine Aktionsbasis soll sich in Athen befinden.

Le Point 09/03/1987

Der Terrorist Hamadei, der kürzlich in Deutschland verhaftet wurde hatte Frankreich als Endreiseziel. Dies stammt aus ersten Untersuchungselementen der deutschen Geheimdienste die in der Sarr Elemente entdeckt haben die auf einem Unterstützungsnetz hinzeigen.

Le Point 09/03/1987

Der Maulwurf der DSGE bei Abdallah.

-Wie ein junger Anwalt Bote des Terroristen wird. Für das Konto der Geheimdienste.

Jean-Paul Mazurier enthüllt sein gefährliches Abenteuer in einem Buch: "Der schwarze Agent."

Name: Mazurier. Codename: Simon. Aufgabe: in die Libanesische Revolutionäre Armee Fraktion eindringen. Auftraggeber: Die Hauptdirektion der Aussensicherheit (DSGE), die französischen Geheimdienste.

Während 24 Monaten hat Mazurier, ehemaliger Verteidiger von Georges Abdallah, ein doppeltes Spiel gespielt.

Es ist wahrscheinlich das erste Mal dass ein Agent der DSGE, ein "schwarzer Agent", das Gesetz des Schweigens bricht, das ein heiliges Gesetz in diesem Beruf ist.

Es ist überraschend zu erfahren dass der Anwalt (mit Jacques Vergès) der Abdallah während seines ersten Prozesses verteidigt hat, ein Besoldeter des Gegenspionagedienstes war.

Besser: er war auch der, der nach Italien gegangen ist um die beiden Komplizen von Abdallah zu verteidigen: Joséphine Abdo und El-Mansouri.

Während den ersten zwei Haftjahren Abdallahs hat die DSGE so alle Nachrichten gekannt die der Führer der FARL an seine Komplizen weiterleitete.

Seine Verbindungen mit dem französischen revolutionären Militanten Frédéric Oriach, mit Action Directe, mit der belgischen Terrorgruppe Kämpfende Kommunistische Zellen und mit seinem Anführer, Pierre Caratte, dessen Anwalt ebenfalls Mazurier war...

Charles Pasqua, Innenminister und André Giraud, Verteidigungsminister, haben in einem vorläufigen Beschluss erreicht dass 25 Seiten des Buches, die sich in der Beilage befanden, beseitigt werden.

In der ersten Beilage konnte man die "phonetische Umschrift" eines "Geständnisses" des ehemaligen Bosses der DST, Yves Bonnet, lesen.

Dieser erzählte das diplomatische Durcheinander in dem sich sein Dienst und er selber im März 85 befanden, um die Befreiung von Peyrolles zu erreichen, der von den FARL gefangen gehalten wurde. Eine einfache Verhandlung: Peyrolles gegen Abdallah. Der eine wird freigelassen. Der andere nicht. Bonnet wird "den Hut für diesen Misserfolg" tragen müssen. Und er wird es "sehr übel" nehmen.

In der zweiten Beilage kann man eine Notiz der DSGE lesen, die durch einen "Unfall?" weitergeleitet wurde - und die sogar in der Presse erschien. Zusätzlich eine Liste von 80 Militanten und Sympathisanten der FARL, in der der Name Mazurier sorgfältig eingeschoben wurde. Um Mazurier in den Augen der FARL reinzuwaschen, wenn dieses Dokument durchgesickert wäre...

48 Stunden nach der Verurteilung Abdallahs zu lebenslanger Haft hat Jacques Vergès, Verteidiger des Terroristenführers, erklärt:

"Wenn es stimmt dass der ehemalige Anwalt meines Kunden ein Informant des französischen Geheimdienstes war, dann wäre dies eine vollständige Verletzung der Verteidigungsrechte. Dies würde heissen dass Ibrahim Abdallah während den ersten Verhören ohne Anwalt war und dass er von einem Polizisten verraten wurde der als Anwalt verkleidet war."

Und er fügt hinzu: "Wenn das war wäre, dann könnte die Prozedur als ungültig bezeichnet werden."

Es ist aber diese Geschichte die das Buch erzählt.

Abdallah erscheint im Sommer 84 bei ihm, um ihm eine Aufgabe anzuvertrauen: eine Nachricht an Mohamed El-Mansouri zu übergeben, der gerade in Italien wegen Sprengstoffeinfuhr verhaftet wurde. Nach seiner Rückkehr besucht ihn ein Oberst der DSGE "Damien".

Nach der Verhaftung Abdallahs wird Mazurier das Verbindungsglied mit der FARL werden. Und das der DSGE.

Ein Bote der oft ungeschickt ist, der aber schlussendlich nützlich ist. Und der sich von beiden Seiten gleichzeitig finanziell unterstützen lässt...

Durch "Simon" jedoch, kennen die französischen Geheimdienste genau die Nachrichten die Abdallah an seine "Genossen" sendet, sowie den genauen Ort wo sie sich befinden. Sie können vor allem Jacqueline Eber überall genau folgen, die ein wahrer Leutnant Abdallahs ist. Bis zu dem Moment wo die Informationen immer seltener werden, wo Abdallah Jacques Vergès bevorzugt.

"Simon" will aufhören. Aber mit solchen Aktivitäten hört man nicht so einfach auf.

Das Geständnis des Schwarzen Agenten.

Am 24. Oktober 1984 wird Georges Ibrahim Abdallah von der DST in Lyon verhaftet. Er wählt "zufälligerweise" seinen Anwalt: Jean-Paul Mazurier.

Der Maulwurf kommt ins Spiel.

-War Abdallah in seiner Zelle wirklich von draussen abgeschnitten?

Mazurier: Ja und Nein. Wie jeder Gefangene versuchte er damit fertig zu werden, um nach draussen zu korrespondieren, aber mehr um Nachrichten zu bekommen, das doch mehr riskant war.

So hat "Alex" mir mitgeteilt dass er im Dezember 85 drei Kassetten rausgeschickt hat, die er in der Zelle aufgenommen hat.

Dies bedeutet Stunden von Anleitungen und Aktionsbefehlen!

-"Alex" konnte doch bestimmt nicht mehr seine Gruppe aus der Zelle führen?

M: Nein, und die PISCINE beklagte dies, denn der Dienst wusste nichts mehr über die Aktivitäten die die Militanten vorbereiteten, die vielleicht durch die Verhaftung ihres Chefs verbittert waren. Und es war dann, dass "man" mich eine wesentliche Rolle in der Botschaftsübertragung spielen gelassen hat: ich wurde der fast tägliche Bote zwischen Georges und draussen. Er hat mir bei jedem Besuch und während dem ganzen Monat November bildliche Satz- teile diktirt, die recht unverständlich waren, und die zahlreiche verschlüsselte Nachrichten bildeten.

Später wartete ich auf den Anruf der Person der ich die Nachrichten übergab. Sie diktierte mir andere für Georges, die, so nehme ich an, Antworten auf die Nachrichten vom Tage vorher waren.

-Konnte der Dienst all diese Nachrichten entschlüsseln?

M: Natürlich, und sehr schnell. Denn sonst wäre es nicht in Frage gekommen, mich diese Rolle spielen zu lassen. Die Spezialisten der PISCINE haben einige Zeit herumgetappt, dann wurde es ein Kinderspiel...

bis zu einem solchen Punkt dass sie die Nachrichten von draussen lesen konnten, die an Georges gerichtet waren. Dieser, durch die Haft geschwächt oder ermüdet, fing an, einige Schlüssel seines eigenen Kodes zu vergessen, wie er es mir gegenüber zugab.

Ich war der Einzige der diese "Sätze" nicht lesen konnte.

Der Dienst sagte mir nichts, das war die Regel, um mein Verhalten nicht zu beeinflussen. Ich habe natürlich versucht den Sinn dieser Nachrichten zu verstehen und Georges hat es bemerkt: eines Tages hat er mich gefragt was ich von dem Satz halten würde, den ich übermitteln sollte. Ich habe ihm eine Uebersetzung gegeben die mir mehr oder weniger klar erschien.

Er lächelte und schien zufrieden zu sein: "Du bist logisch, das ist gut. Wenn dein Arbeitszimmer abgehört wird, dann ist das nicht schlimm. Denn wenn sie dieselbe Analyse wie du machen, dann werden sie sich auf falsche Pisten stürzen."

"Ich bin rot hereingekommen und werde rot heraukommen."

Er versicherte mir dass er vorallem auf seine Qualität als revolutionärer Militanter hielt und dass er nicht bereit sei, seine Freiheit mit irgendeiner engen Bindung mit einem grossen Land des Nahen Ostens zu bezahlen die behaupten ihn zu unterstützen.(...)

Abdallah sprach in seinen Nachrichten nicht oft über Politik. Er umschrieb seine Aktionsanleitungen. Er richtete sich im Besondern an diesen oder jenen Mitglied der Gruppe.

-Wie kann man die Nützlichkeit dieser Nachrichten für den Dienst betrachten?

M: Alles hing von der Entschlüsselung ab, und der praktischen Lektüre die daraus gemacht wurde, wenn nicht der Resultate die auf dem Gelände vollbracht wurden. Meine Aufgabe war es die Stücke des Puzzlespiels weiterzuleiten, der sich Stück für Stück wieder herstellte.

Dies war bestimmt nicht unnützlich, denn das Vertrauen das die PISCINE mir offenbarte, wurde immer klarer. Ich habe dies nach der empfindlichen Erhöhung meines monatlichen Entgelts beurteilt(...)

Der "Bote" hatte sich für die FARL, sowie für den DSGE bewährt.

Am 31. Oktober 84 erhält er ein Telefonanruf von "Nathalie" (Jacqueline Esber) Er solle sich Morgen nach Rom begeben.

-Befolgtet ihr die Befehle, ohne zu widersprechen?

M: Natürlich. Der Dienst hatte mir gesagt ich sollte die Anweisungen von Georges und seiner Gruppe sehr genau befolgen, um zu versuchen in sie einzudringen, und dann später in ihnen aufwärtszusteigen. Andererseits betrachteten "Nathalie" und Georges mich als Militanter, und die Disziplin war so vom unbeugsamer Härte.

Am 1. November befand er sich also auf dem Flughafen Fiumicino in Rom.

M: "Nathalie" hat nach den handgeschriebenen Nachrichten von Georges gefragt und hat sie zurückhaltend gelesen. Dann hat sie mir tausend Dollar übergeben um mich für meine Reise und für die ersten Unkosten der Verteidigung von Georges zu entschädigen(...)

-Habt ihr auf der Stelle über dieses Treffen berichtet?

M: Ja sofort. Ich habe meinen Obersten aus dem Bahnhof von Rom angerufen. Dies war eine Unvorsichtigkeit: ich durfte nicht aus einer öffentlichen Kabine anrufen, an einem öffentlichen Ort. Denn sie sind an Zentralen verbunden, die man bewachen kann, wo man aber die angerufene Nummer wieder herstellen kann.

"Man" hat mir später mitgeteilt, dass der italienische Dienst den Anruf geortet und mit Paris Kontakt aufgenommen hatte um sich über diesen Anruf zu beunruhigen(...)

-Haben sie später lange auf Neuigkeiten von "Nathalie"-Jacqueline Esber gewartet?

M: Nein, weil die drei Reisen - Rom, Genf, Belgrad - wo ich Nathalie getroffen habe, zwischen dem 1. und dem 24. November stattgefunden haben.

-Unterstütztet ihr alle Methoden, alle Ideen des Dienstes?

M: Der Dienst hat mir gesagt, dass ich die Maschine Abdallah gestartet habe. Aber nur gestartet: man hat mir nicht gesagt, was später folgte. Ich habe keine Illusionen: die DSGE hängt vom Verteidigungsministerium ab, sie besteht

zur Hälfte aus Militärs, die sich im Krieg betrachten, 24 Stunden auf 24, insbesondere gegen den Terrorismus.
 Und die Kriegsmethoden benützen:
 die berühmten "Homo"-Aktionen dh. Tötung, die unvermeidlich zum Register der Mitglieder des Aktionsdienstes gehören.
 "Man" hat mir nichts gesagt, und es ist Abdallah der davon gesprochen hat:
 "Genossen sind durch deine Unvorsichtigkeit gestorben. Dies ist nicht schlimm, aber du musst demnächst besser aufpassen", hat er mir im August 85 fatalistisch gesagt. "Weisst du, hundert Genossen können fallen, aber du bist unersetzlich!"
 L'Express 13/03/1987

Jacques Vergès: -Die Geschworenen, die Zwischenfälle vorausgeahnt haben, wollten sie verhindern. Dies zeigt sich in der Genehmigung die man Abdallah gegeben hat, um einen sehr langen Text zu lesen, sich zurückzuziehen und nicht mehr zurück zu kommen. Dies hat sich auch in der Ablehnung der Begutachtungsanfrage von Kiejman gezeigt, der in letzter Minute die Untersuchung des Bekennerbriefes der FARL wollte.

-Wie betrachtet ihr das Plädoyer des Oberstaatsanwalts und vor allem die Form die er genommen hat?

JV: Das Plädoyer hat in dieser Sache die Rolle einer Provokation übernommen. Ich sage nicht das Baechlin ein Provokateur ist, aber die Form seines Plädoyers war von so einer Ungeschicklichkeit dass er den ganzen Prozess zum Überschlagen gebracht hat.

Ein intelligenter Oberstaatsanwalt hätte ein hartes Plädoyer über die Person Abdallah gehalten, um die Meinung in die richtige Richtung zu bringen, hätte aber den Rechtsstaat verteidigt indem er behauptet hätte nicht in die gestellte Falle der Terroristen fallen zu wollen, die genau diesen Rechtsstaat stürzen wollen.

Er sagt Informationen bekommen zu haben, aber meiner Meinung nach war er nicht davon überzeugt und hat bewusst oder nicht, die Aufgabe sabotiert die ihm gestellt wurde. Uebrigens, konnte Baechlin diesen Paukenschlag ausführen, ohne seiner Hierarchie etwas davon mitzuteilen?

Dies scheint mir unmöglich.

Die Richter haben ihr Urteil unter Einfluss gegeben weil ihre Lage genau so übertrieben ist wie die von Baechlin. Und wenn man sagt: sie haben reagiert, dann gibt man schon zu dass sie kein Justizurteil gefällt haben. Ein Richter hat nicht zu reagieren.

-Was kann dieses Urteil bewirken? Werden die Freunde Abdallaha oder die Länder die ihn verteidigt haben - wie Syrien - reagieren?

JV: Ich kann nicht direkt beantworten weil es einige empfindliche Punkte betrifft, die ich nicht sehr gut beherrsche.

Auf jeden Fall, betrifft das Urteil das von der Justiz gefällt wurde nicht nur ihn, sondern auch die, die wie er kämpfen und die sich nicht als Banditen betrachten sondern als Widerstandskämpfer.

Im Libanon und anderswo.

Werden diese zur Aktion übergehen?

Ich weiss es nicht aber man zieht Risiken auf sich.

Man braucht nur zu sehen wie Pasqua seine Reise rückgängig macht oder die Polizisten die in Paris bleiben. Was die Syrer angeht, ich kenne ihren wahren Einfluss nicht. Dies ist alles nicht mechanisch, es gibt eine Autonomie. Andererseits, welche Abkommen wurden ausgehandelt?

Mit welchem Preis ist man bereit seine Sicherheit zu kaufen?

Aber offensichtlich glaube ich nicht dass dieser Prozess ein Erfolg war.

Libération 04/03/1987

Geheime Konferenz in Genf?

Am 11. und 12. Februar soll sich im Hotel Intercontinental von Genf eine quasi geheime Sitzung über die Prävention von Terrorakten mit der Teilnahme "eines Gründermitglieds der amerikanischen CIA" stattgefunden haben.

Dies wird jedenfalls in einem Bericht des britischen Büros der Public Relations behauptet.

Dieses Treffen soll unter der Bezeichnung TAC 87 (The Terrorism Avoidance Conference) abgelaufen sein.

Diese Sitzung, so der Text einer englischen Information, hat Stellvertreter von Regierungen, Industrie, Kommerz, Banken, Versicherungen, Transport, touristische Industrie und anderen Spezialisten sowie Gruppen zusammengebracht die an den Sicherheitsproblemen von 15 Ländern interessiert sind.

In einem Bericht der Public Relations von Judith Pattey steht Miles Coppeland, Begründungsmitglied der CIA sei der wichtigste Konferenzler - der vielleicht zum ersten Mal Experten versammelt hat, die eine aktuelle Erfahrung mit dem internationalen Terrorismus und seinen praktischen Verbindungen haben, im Gegensatz zu den Theoretikern.

Desweiteren eröffnet es effektivere und ökonomische Perspektiven, ohne Störung des Normallebens. Dies jedenfalls behauptet dieser Spezialist der heute Sicherheitsberater für 14 Regierungen sowie für die Mehrzahl der Erdölgesellschaften ist!

Réalités Genevoises 19/02/1987

Der Oberst Gouttière wurde durch einen "Hisbollah" ermordet.

Beirut.- Der Militärbevollmächtigte an der französischen Botschaft in Beirut, Christian Gouttière, der am 18. September des letzten Jahres ermordet wurde, war das Opfer eines jungen Schiiten von 26 Jahren, Hassan Mohammad Tleiss, Mitglied des Hisbollah (fundamentalistische, pro-iranische Partei Gottes) verlautet man aus Justizkreisen.

Der Mörder wurde durch Zufall am 6. Februar im christlichen Teil der Stadt, in Hazmié, verhaftet. Er hatte einen leichten Verkehrsunfall mit einem Lastkraftwagen, der vollgestopft mit Sprengstoff war. Tleiss hatte behauptet keine Ahnung von dem Inhalt zu haben. Seine Familie hatte in der Zwischenzeit eine christliche Persönlichkeit, Jean Obeid, in Ost-Beirut entführt um ihn gegen Tleiss auszutauschen. Aber Jean Obeid ist ein persönlicher Freund vom syrischen Präsidenten Hafez el-Assad, der anscheinend mit Khomeiny persönlich gesprochen hat um seine Befreiung zu erreichen.

Der libanesische Präsident Amin Gemayel hatte am Samstag den französischen Botschafter im Libanon, Christian Graeff benachrichtigt dass der Verantwortliche Mörder von Christian Gouttière verhaftet wurde, es waren aber keine Informationen über seine Identität offenbart worden.

Le Figaro/Le Monde 02/03-03-1987

ULTIMATUM

□ On the 12th of February, warned that it would attack 1987, the French newspapers all French interests, unless calm that resulted from the widely reflected on ASALA's Varoujan Garabedian and his truce between us and the new threat directed to the comrades were released. The French government, ought to French government. newspapers hinted that ASALA have convinced the French The newspapers wrote that accuses France of supporting public opinion that we respect in a communiqué sent to the the Turkish fascist regime. the interests and security of A.P. (Associated Press) news In the communiqué ASALA the French people and of other agency in Beirut, ASALA announced that "the period of peoples."

Banaler Tod nach einem Leben für die ETA

Ist es möglich, im Nachhinein den Moment zu bestimmen, von dem ab ein Mensch auf seinen Tod zugelebt hat? Wenn ja, dann ist es für Txomin Iturbe Abasolo der 13. Juli 1986 gewesen — der Tag, an dem ihn die französische Regierung in den Gabun auswies. Denn auf diese Zwangsmaßnahme und Txomin's vergebliche Versuche, von dort nach Kuba zu gelangen, folgte der Autounfall am 27. Februar in Algerien, das ihm im November Aufnahme gewährt hatte. Mit 43 Jahren eintrauriger Tod für einen, der sein ganzes Erwachsenenleben für den bewaffneten Kampf da war.



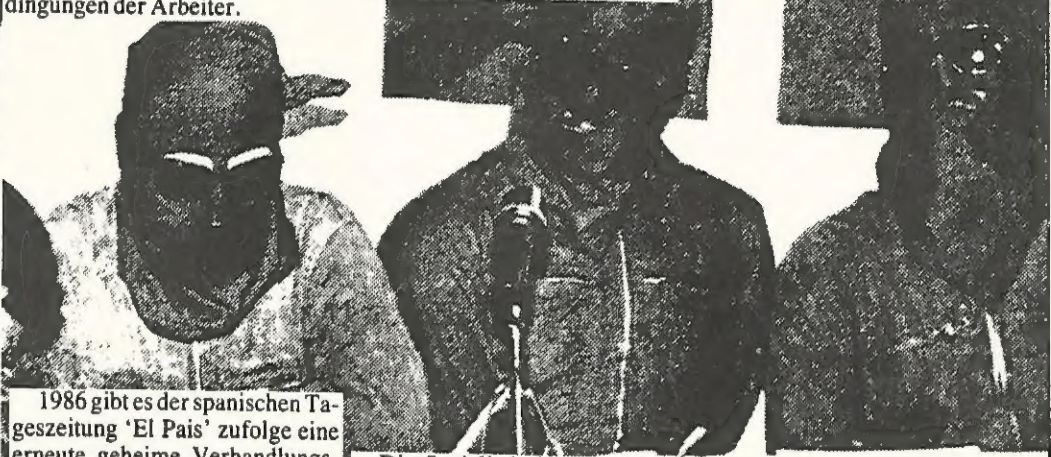
Nach Süd-Euskadi, ins spanische Baskenland, konnte er schon seit 1968 nicht mehr legal reisen. Nachdem die Guardia Civil den ersten „Etarra“ umgebracht hatte, war das ETA-Mitglied Txomin ins französische Baskenland („Nord-Euskadi“) geflohen. Zurückgekehrt ist er heimlich wohl immer wieder. Jedenfalls wird er sowohl mit der Entführung des deutschen Konsuls Beihl wie mit der erzwungenen Himmelfahrt des Franco-Innenministers Carrero Blanco 1973 in Verbindung gebracht. Daß er selbst verschiedenen Attentaten mit knapper Not entgeht, fördert seinen Ruhm im Baskenland.

1981 wird er angeblich der Führer der ETA-Militär. Zwischen zwei Strömungen innerhalb der Organisation, einer, die den Klassenkampf anstrebt, und einer, die eher auf nationale Befreiung des Baskenlands abzielt, neigt er den Nationalisten zu. Erste Gespräche mit Vertretern der baskischen Parteien soll es schon 1977 gegeben haben. Und 1984 halten sich hartnäckig Gerüchte über Verhandlungen zwischen Txomin und Vertretern des spanischen Staates. Sie scheitern daran, daß der sozialistische Innenminister José Barrionuevo öffentlich erklärt, Verhandlungen mit der ETA werde es erst geben, wenn diese ihre Waffen niedergelegt hätte. Txomin hinge-

gen will nur auf der Ebene der sogenannten „Alternative KAS“ verhandeln, einem Forderungskatalog, den auch die linke Parteienkoalition Herri Batasuna, die jetzt auch im baskischen Parlament sitzt, vertritt:

1. Amnestie für die Gefangenen und Flüchtlinge;
2. Anerkennung des Rechts Euskadis auf Souveränität, Auflösung aller antidemokratischen Organisationen;
3. Autonomiestatut mit Euskera (Baskisch) als einziger offizieller Sprache;
4. Rückzug der spanischen Ordnungskräfte und ihre Ersetzung durch solche, die unter der Kontrolle der baskischen Regierung stehen sowie
5. Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter.

sche Regierung unter Felipe Gonzalez hat Verhandlungen offiziell immer abgestritten, und die baskische sozialistische Partei PSE hat es während der jüngsten Koalitionsverhandlungen dort geschafft, auch die konservative PNV auf eine Ablehnung „politischer Verhandlungen“ zu verpflichten. Andererseits ist es kein Geheimnis, daß sich die PNV schon lange um Verhandlungen mit der ETA bemüht. Sie weiß, daß mit Repression allein der bewaffnete Kampf in Euskadi nicht zu beseitigen ist. Und so ist auch die Bemerkung des PNV-Vorsitzenden Javier Arzallus wenige Tage nach der Koalitionsbildung mit der PSE zu verstehen, daß die Definition des Begriffs „politische Verhandlungen“ unterschiedlich ausfallen könne.



1986 gibt es der spanischen Tageszeitung 'El Pais' zufolge eine erneute geheime Verhandlungsrunde. Sie beginnt im März, im April wird Txomin jedoch von der französischen Polizei festgenommen. Die Verhandlungen gehen zwar weiter, aber ohne Erfolg. Der spanische sozialistische Regierungschef Felipe Gonzalez dementiert Presseberichte über Gespräche mit der ETA: Es gebe nichts zu verhandeln. Als sich keine Lösung abzeichnet, wird Txomin, obwohl er in Frankreich politisches Asyl genießt, kurzerhand in den Gabun ausgewiesen. Unterstützt wird dieses Verfahren durch ein neues französisch-spanisches Abkommen zur Ausweisung von „Etarra“.

Als Txomin bereits in Algerien lebt, wird — so behauptet 'El Pais' — die Verhandlung wieder aufgenommen. Ob es bei den Gesprächen Annäherungen gegeben hat, bleibt Spekulation. Die sozialisti-

Die Sozialistische Partei mag gehofft haben, aus Spanien einen Föderalstaat nach dem Muster der Bundesrepublik aufbauen zu können. Zur Bekämpfung der zentralstaatsfeindlichen Kräfte wie der ETA hatte sie auf die Repression gesetzt — der Plan ZEN („Sonderzone Nord“) sowie das Auslieferungsabkommen mit Frankreich zeugen davon. An die Etarras war andererseits das Angebot der Wiedereingliederung gegangen unter der Voraussetzung, daß sie auf den bewaffneten Kampf verzichteten. Vor zwei Wochen sind auch einige Artikel des Antiterror-Gesetzes außer Kraft gesetzt worden, und das gesamte Gesetz soll nach dem Willen der Sozialisten abgeschafft werden. Die PSOE ist jedoch nicht bereit, über ein anderes als ihr eigenes Modell des Föderalismus zu diskutieren. Im Baskenland hingegen ist man seit der Franco-Zeit

den — auch bewaffneten — Widerstand gegen das Zentralregime gewohnt.

Die ETA hat im vergangenen Jahr einige Schläge einstecken müssen: die Ausweisung von mittlerweile 44 Basken aus Frankreich, die Entdeckung von zwei Schlupfwinkeln, in denen Entführte gefangen gehalten wurden, die Aufdeckung eines Waffendepots, die Festnahme von sechs mutmaßlichen Mitgliedern des Comando Madrid und auch Kritik an ihren eigenen Aktionen. So kamen im vergangenen Jahr bei ETA-Anschlägen zum ersten Mal

nicht nur Polizei- und Militärbeamte ums Leben. Die Ermordung der ehemaligen Genossin Yoyes durch „Etarra“ führte zu heftiger Kritik auch in den eigenen Reihen. Dennoch konnte die ETA-nahe Koalition Herri Batasuna sowohl in den Parlamentswahlen im Juni als auch in den Regionalwahlen im November an Sitzen zulegen. Und die neue Koalition zwischen PSE und PNV im Baskenland scheint wenig geeignet, das Verhältnis der Basken zur Regierung in Madrid zu harmonisieren. Wenn diese sich in der nächsten Zeit einer neuen Generation von „Etarra“ gegenüber sieht, die sich dem antiimperialistischen Widerstand zuwendet und sich nicht mehr damit begnügt, Autonomie für das Baskenland zu fordern, wird die Regierung Gonzalez vielleicht einmal bedauern, Txomin in den Gabun ausgewiesen zu haben.